

PARTIZIPATIONSBERICHT 2017

Politische Interessen, Teilhabe, Diskriminierung und Identität von
jungen Türkeistämmigen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden





INHALT

Abbildungsverzeichnis	3
Zusammenfassung	4
1. Einleitung	5
2. Studie und soziodemographische Daten	6
2.1 Studienbeschreibung	6
2.2 Soziodemographische Daten der Befragten	6
3. Politische Interessen und Partizipation	15
3.1 Interesse an der Politik des Wohnlandes	16
3.2 Interesse an der Politik der Türkei	18
3.3 Wahlbeteiligung	22
3.3.1 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei	26
3.3.2 Europawahlen	27
3.4 Parteipräferenzen	31
3.4.1 Parteipräferenzen in Deutschland	31
3.4.2 Parteipräferenzen in Frankreich	33
3.4.3 Parteipräferenzen in den Niederlanden	34
3.5 Parteimitgliedschaft	35
3.6 Sprachgebrauch	37
3.7 Medien	40
3.8 Diskriminierung und Islamfeindlichkeit	41
4. Verhältnis zur Herkunftskultur	47
4.1 Religion und Religiosität	47
4.2 Überlieferung der türkischen Kultur	49
4.3 Identität	50
4.4 Lebensmittelpunkt	51
5. Fazit und Handlungsempfehlungen	52
Literatur	54



ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Alter alle Befragten.	6
Abbildung 2: Geschlechtsverteilung aller Befragten.	7
Abbildung 3: Geburtsland aller Befragten.	7
Abbildung 4: Staatsangehörigkeit aller Befragten.	8
Abbildung 5: Bildungsabschlüsse Deutschland.	9
Abbildung 6: Bildungsabschlüsse Frankreich.	9
Abbildung 7: Bildungsabschlüsse Niederlande.	10
Abbildung 8: Erlernter Beruf aller Befragten.	11
Abbildung 9: Bundesländer Deutschland.	12
Abbildung 10: Regionen Frankreich.	13
Abbildung 11: Regionen Niederlande.	14
Abbildung 12: Interesse an der Politik des Wohnlandes aller Befragten.	17
Abbildung 13: Entwicklung der Wahlbeteiligung der Auslandstürken.	19
Abbildung 14: Entwicklung der Wahlbeteiligung der Türkeistämmigen in Deutschland.	20
Abbildung 15: Interesse an der Politik der Türkei. Alle Befragten.	21
Abbildung 16: Teilnahme an den Wahlen aller Befragten; mehrere Antworten möglich.	23
Abbildung 17: Gewünschte Regierungssystem für die Türkei. Alle Befragten.	25
Abbildung 18: Parteipräferenz-Parlamentswahl in der Türkei; an der Wahl Teilgenommene.	26
Abbildung 19: Präsidentschaftswahl in der Türkei; an der Wahl Teilgenommene.	27
Abbildung 20: Beteiligung an der Europawahl aller Befragten.	28
Abbildung 21: Deutschland-Parteipräferenzen bei der Europawahl, an der Wahl Teilgenommene.	29
Abbildung 22: Frankreich-Parteipräferenzen bei der Europawahl, an der Wahl Teilgenommene.	29
Abbildung 23: Niederlande Parteipräferenzen in Europawahl, an Wahl Teilgenommene.	30
Abbildung 24: Parteipräferenzen bei der Bundestagswahl.	32
Abbildung 25: Parteipräferenzen bei den Präsidentschaftswahlen.	33
Abbildung 26: Parteipräferenzen bei allgemeinen Wahlen.	35
Abbildung 27: Mitgliederzahl der politischen Parteien in BRD in den letzten 20 Jahren.	36
Abbildung 28: Parteimitgliedschaft.	37
Abbildung 29: Sprachgebrauch in der Familie bzw. im familiären Umfeld.	38
Abbildung 30: Relevanz der Beherrschung der türkischen Sprache.	39
Abbildung 31: Berichterstattung.	40
Abbildung 32: Diskriminierungserfahrung.	42
Abbildung 33: Diskriminierungserfahrung in Lebensbereichen, verbale oder körperliche Angriffe.	43
Abbildung 34: Meldung von Diskriminierungserfahrung, verbale oder körperliche Angriffe.	45
Abbildung 35: Gründe der Diskriminierung, verbale oder körperliche Angriffe.	46
Abbildung 36: Religiosität.	48
Abbildung 37: Überlieferung der türkischen Kultur.	49
Abbildung 38: Identität.	50
Abbildung 39: Bevorzugtes Land zum Leben.	51



ZUSAMMENFASSUNG

- **Profil der Befragten in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden:** Sie sind im Alter von 18 bis 40 Jahren, bestehen je zu Hälfte aus Frauen und Männer, sind mehrheitlich in ihren Wohnländern geboren, und sie sind Staatsbürger ihrer Wohnländer bzw. Doppelstaater.
- Großteil der Befragten ist interessiert sowohl an der Politik des Wohnlandes als auch der Türkei. Was sich jedoch an ihrer Wahlbeteiligung kaum widerspiegelt. Diese ist schwach ausgeprägt und variiert zwischen Ein-Fünftel und Ein-Drittel. Es besteht jedoch keine große Diskrepanz zwischen der Beteiligung an den Wahlen im Wohnland und in der Türkei. Das Interesse an der Europawahl ist schwächer ausgeprägt.
- Unter den Befragten ist die Zustimmung/Sympathie für die AK Partei stark, für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan stärker.
- Großteil der Befragten bevorzugen bei den Wahlen in ihrem Wohnland eher Mitte-Links-Parteien, während sie in der Türkei konservative Parteien wählen.
- Das Interesse an einer Parteimitgliedschaft ist relativ gering.
- Etwa die Hälfte der Befragten verwendet im Alltag/Haushalt sowohl die türkische Sprache als auch die Sprache des Wohnlandes. Der Beherrschung der türkischen Sprache legen sie großen Wert bei.
- Gegenüber den Medien des Wohnlandes hegt Großteil der Befragten Skepsis - insbesondere gegenüber der Berichterstattung über die Türkei und den Islam bzw. die Muslime.
- Großteil hat bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht.
- Die Mehrheit der Befragten versteht sich als religiös, nahezu Zwei-Drittel der Befragten sind für eine Überlieferung der türkischen Kultur und des türkischen Religionsverständnisses.
- Großteil der Befragten bringt Mischidentitäten zum Ausdruck, sieht jedoch ihren aktuellen und zukünftigen Lebensmittelpunkt im Wohnland.



1. EINLEITUNG

In den Staaten der *Europäischen Union* (EU) leben rund sechs Millionen Menschen mit Wurzeln in der Türkei. Deutschland ist mit über drei Millionen weltweit das Land mit den meisten Türkeistämmigen, gefolgt durch Frankreich mit 900 Tsd. und Niederlanden mit 480 Tsd. Die Türkeistämmigen prägen mit ihren wirtschaftlichen, soziopolitischen und kulturellen Aktivitäten nicht nur die Gesellschaft und Politik in Deutschland, Frankreich und Niederlanden, sondern auch die Beziehungen dieser Länder mit der Türkei.

Gleichwohl sind sie aufgrund ihrer Identität und Religionszugehörigkeit, die sie von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden, und ihrer intensiven und dauerhaften Beziehungen zur Türkei, in den drei Ländern Gegenstand von kontroversen Debatten über den Grad ihrer Integration in die jeweiligen Gesellschaften. Durch die dramatischen Entwicklungen im letzten Jahr in der Türkei, die darauf folgende politische Mobilisierung auch in Deutschland, Frankreich und Niederlanden sowie die Wahlkampagnen türkischer Entscheidungsträger in diesen Ländern wurde der Ton in den Integrationsdebatten immer schärfer. Das Interesse der Türkeistämmigen an der türkischen Politik wurde in Medien und Politik mit Skepsis betrachtet, als Beleg für Integrationsdefizite bzw. Integrationsunwilligkeit angesehen und an sie wurden gar Loyalitätsapelle von Seiten der Entscheidungsträger adressiert. Fragen, die sich hieraus ergeben, lauten:

- Wie steht es um die politische Partizipation von Türkeistämmigen in Deutschland, Frankreich und Niederlanden?
- Wie steht es um ihr Interesse an der Politik ihres Aufenthaltslandes und der Politik der Türkei? Schließen sich das Interesse an der Politik der Aufenthalts- und des Herkunftslandes gegenseitig aus?
- Wie steht es um die sprachlichen Kompetenzen (Deutsch, Französisch und Niederländisch) der Türkeistämmigen, wie ist ihr Verhältnis zu Herkunftskultur und Religion und welche Identität bringen sie zum Ausdruck?
- Welches Verhältnis haben sie zu den Medien ihrer Aufenthaltsländer?
- Welche Erfahrungen machten sie mit Diskriminierung und Islamfeindlichkeit und wie reagierten sie darauf?

Diese Fragen werden beantwortet auf der Grundlage der Daten einer quantitativen Erhebung, die im Februar und März 2017 in Deutschland, Frankreich und Niederlanden durchgeführt wurden. Ziel der Studie ist es, den Grad der politischen Partizipation, Identifikation und Diskriminierungserfahrungen der Türkeistämmigen in den drei Ländern zu erfassen. Die politische Zielsetzung der Studie ist es, Öffentlichkeit und Politik in Deutschland, Frankreich und Niederlanden über die Erwartungen und Bedürfnisse der Türkeistämmigen zu sensibilisieren. Der vorliegende Partizipationsbericht wird alle zwei Jahre erscheinen.



2. STUDIE UND SOZIODEMOGRAPHISCHE DATEN

2.1 Studienbeschreibung

Die Datenerhebung dieser Studie wurde im Zeitraum vom 14. Februar bis 7. März 2017 mit einer Stichprobengröße von N=1000 in Deutschland, N=1000 in Frankreich und N=750 in den Niederlanden durchgeführt.

Zielgruppe der Studie sind Türkeistämmige im Alter von 18 bis 40 Jahren, die in Deutschland, Frankreich und Niederlanden leben. Die Stichprobenziehung wurde durch eine Vorauswahl von eingetragenen Telefonnummern auf der

Basis eines onomastischen Ansatzes vorgezogen. Namen lassen Rückschlüsse auf den Migrationshintergrund zu. Die Auswahl der Interviewpartner wurde nach einer Zufallsauswahl im Haushalt durch Geburtstagsschlüssel und Quoten hinsichtlich des Alters und des Geschlechts vorgenommen. Darüber hinaus wurde die Menge der Zielpersonen nach der Bevölkerungszahl der Türkeistämmigen in der jeweiligen Region bzw. Bundesland generiert.

2.2 Soziodemographische Daten der Befragten

In Deutschland, Frankreich und Niederlande sind die Befragten im Alter zwischen 18 und 30 Jahre in der Mehrheit.

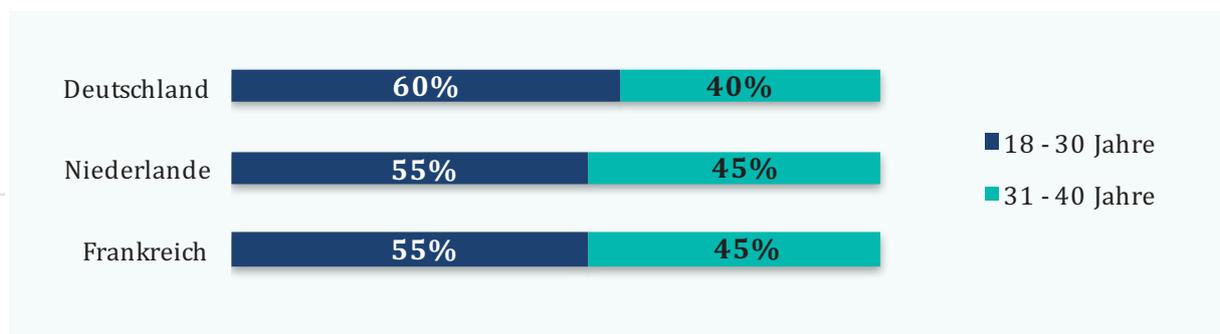


Abbildung 1: Alter alle Befragten.



Die Geschlechterverteilung der Befragten in allen drei Ländern ist 50:50.

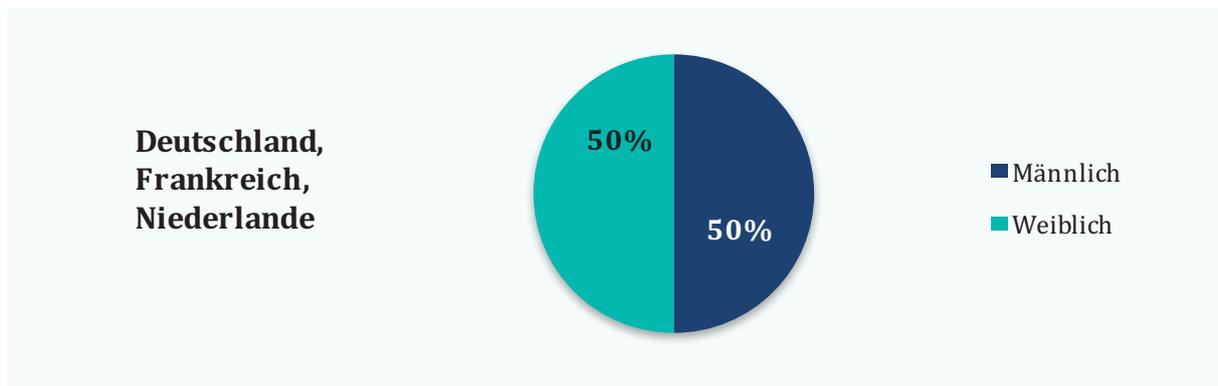


Abbildung 2: Geschlechtsverteilung aller Befragten.

Knapp Zwei Drittel der Befragten ist in Deutschland, Frankreich und Niederlanden, Ein Drittel in der Türkei geboren.

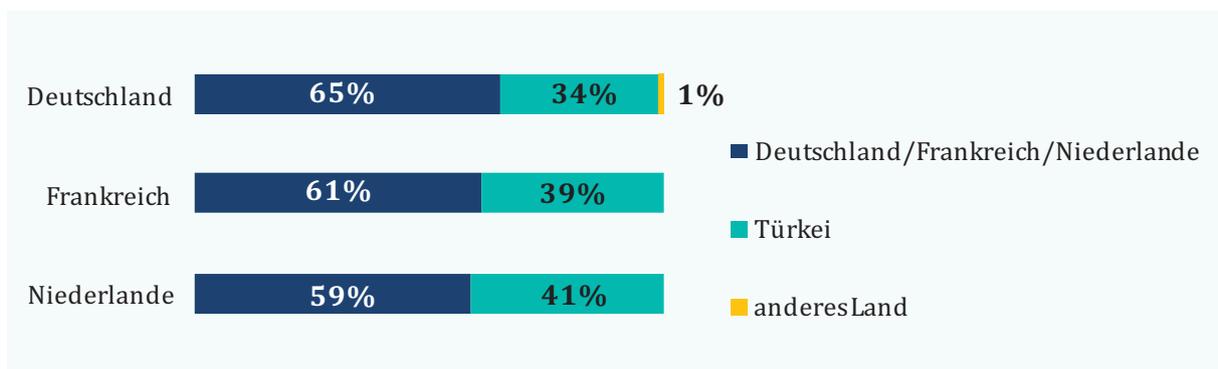


Abbildung 3: Geburtsland aller Befragten.

Ein Drittel und mehr besitzen die Staatsangehörigkeit jeweiliger Wohnländer. Beim Anteil der türkischen Staatsangehörigen und Doppelstaater besteht eine signifikante Differenz zwischen

Deutschland und Frankreich bzw. Niederlanden. Der Anteil türkischer Staatsbürger ist bei den Befragten in Deutschland am höchsten, in Frankreich am geringsten.

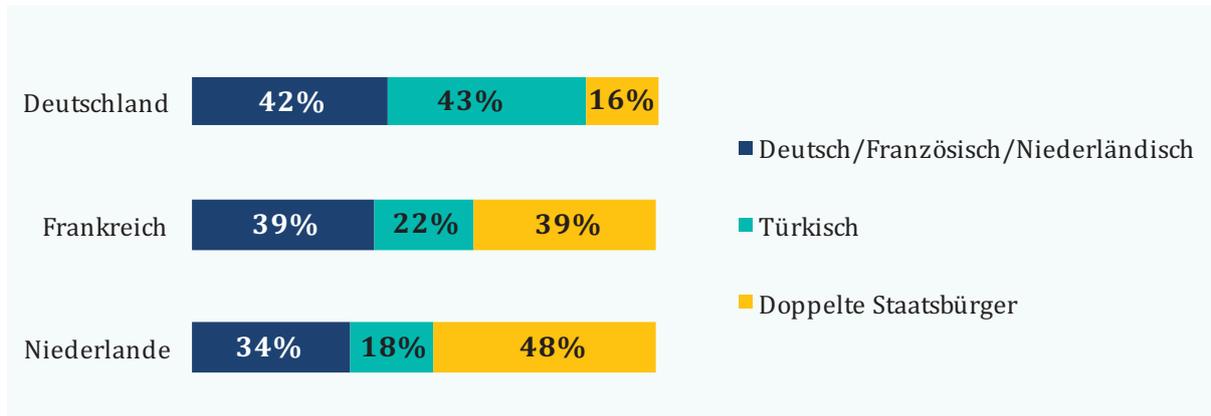


Abbildung 4: Staatsangehörigkeit aller Befragten.

Eine Erklärung hierfür ist das Recht auf doppelte Staatsangehörigkeit, das in Frankreich und den Niederlanden ohne Beschränkung gewährt ist. In Deutschland dagegen ist das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft beschränkt auf diejenigen, die u.a. in Deutschland ab dem Jahr 2000 geboren sind. Andere müssen bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben. Dies hat zur Folge, dass in Frankreich und Niederlanden der Anteil der Türkeistämmigen mit doppelter Staatsangehörigkeit deutlich höher liegt als in Deutschland. Nach dem Zensus 2011, in dem erst-

mals die Anzahl der Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit erfasst wurde, waren knapp 4.3 Millionen Bürger Doppelstaater (Stichtag: 9. Mai 2011). Rund 530.000 von ihnen besaßen zusätzlich zur deutschen die türkische Staatsangehörigkeit.¹

Der Großteil der Befragten in Deutschland hatte niedrigen Bildungsabschluss, während ein kleiner Teil einen Abitur- bzw. Fachabitur- und Studienabschluss besaß:

¹ Vgl. Statistische Ämter 2011.

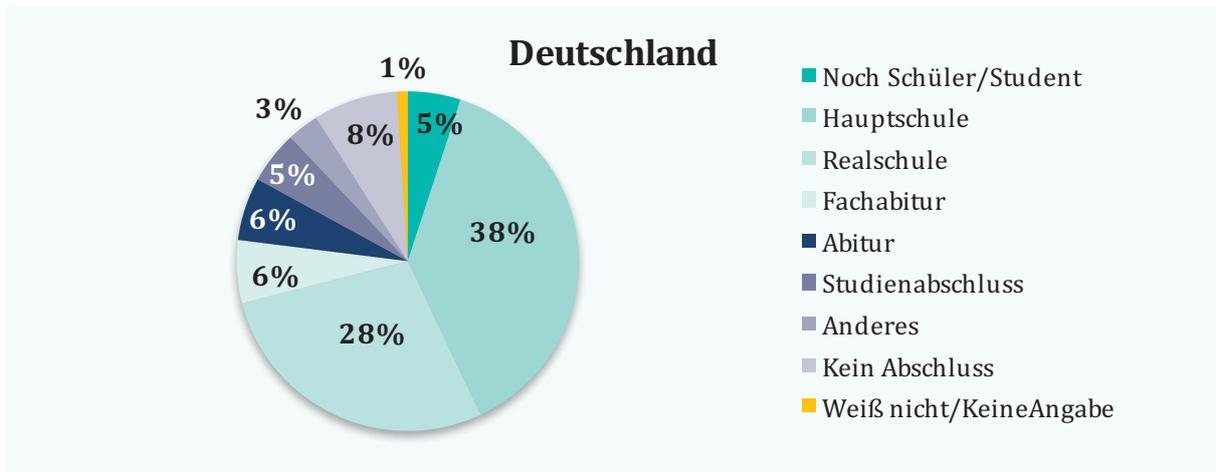


Abbildung 5: Bildungsabschlüsse Deutschland.

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse besteht eine weitgehende Konvergenz zwischen Deutschland, Frankreich und den Niederlanden.

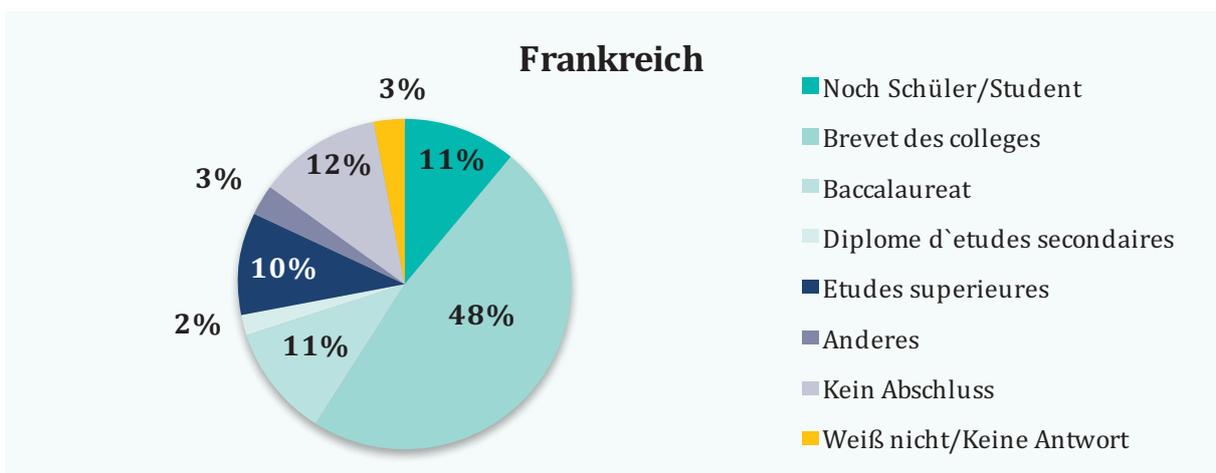


Abbildung 6: Bildungsabschlüsse Frankreich.

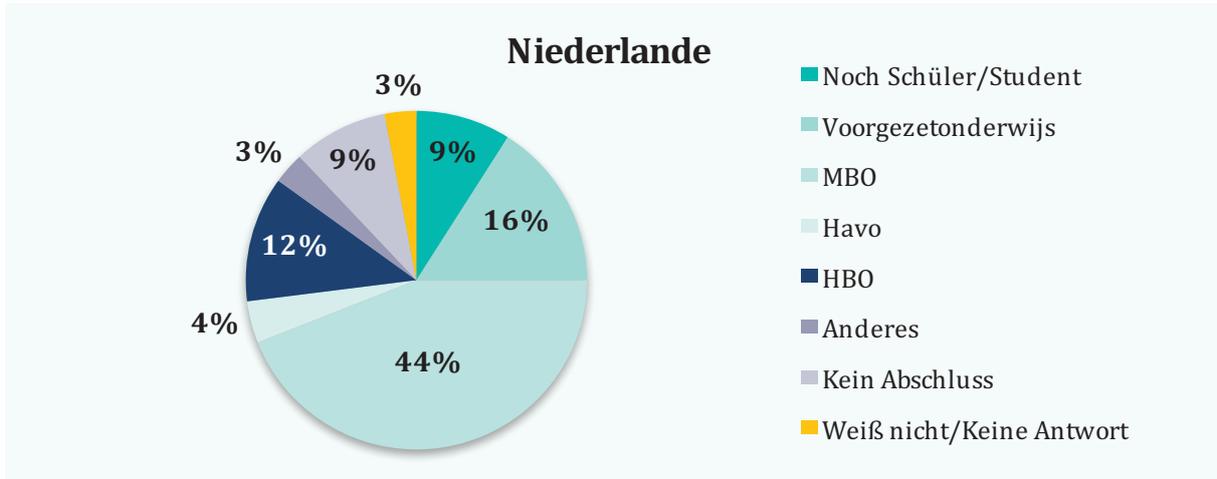


Abbildung 7: Bildungsabschlüsse Niederlande.



Angaben zum erlernten Beruf:

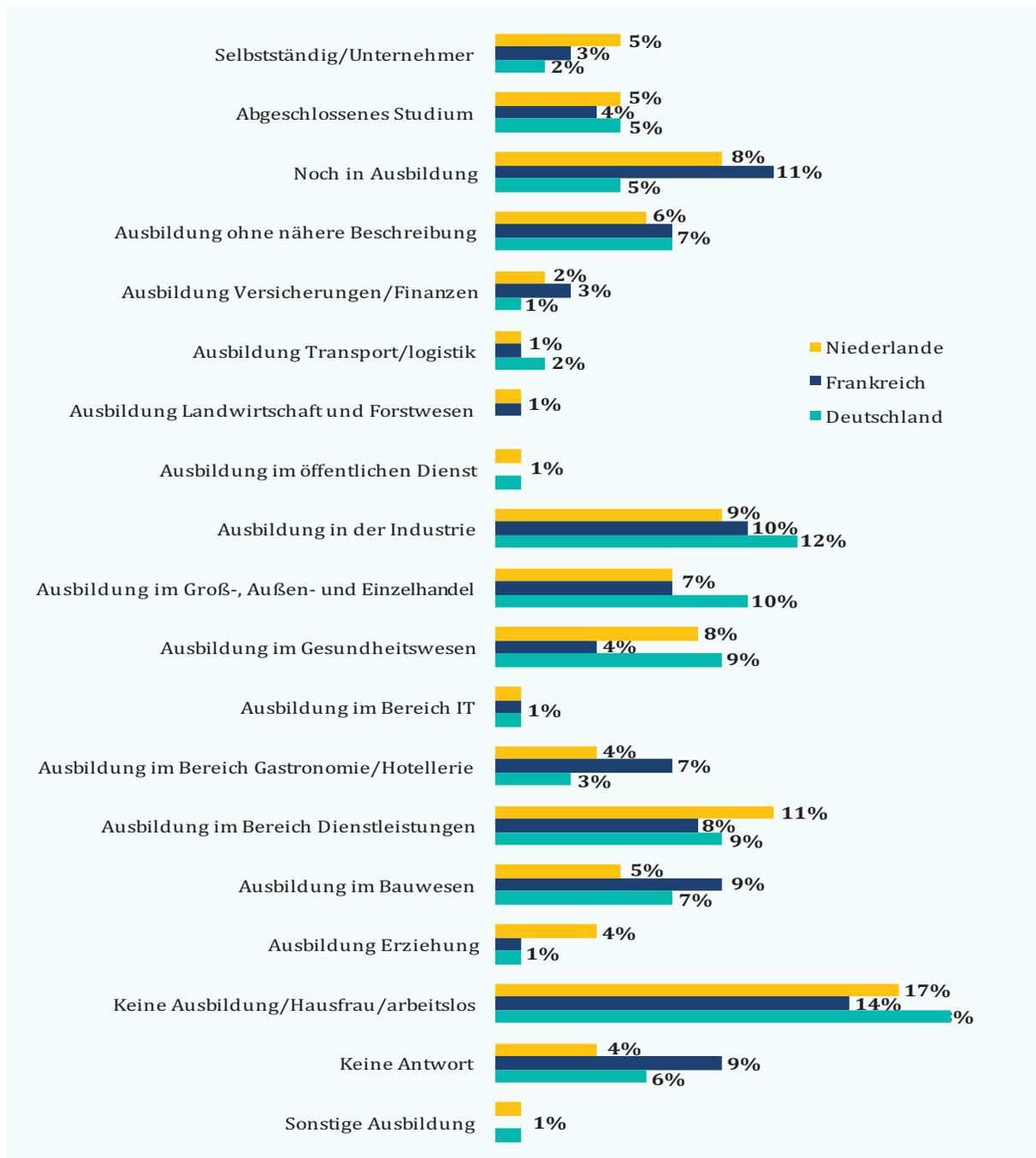


Abbildung 8: Erlernter Beruf aller Befragten.



Angaben zu Regionen

Die meisten Befragten in Deutschland waren aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Nordrhein-Westfalen, wo auch deutschlandweit die meisten Türkeistämmige leben, gefolgt von

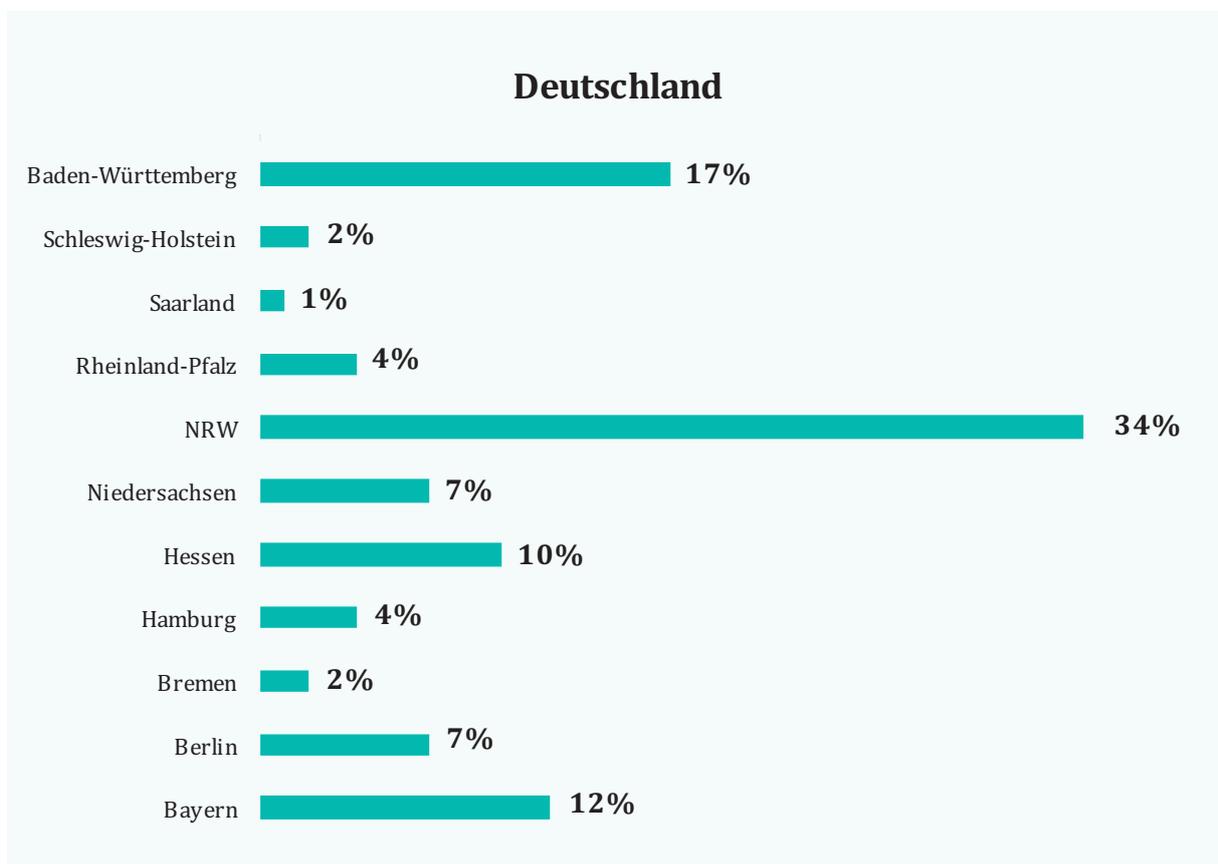


Abbildung 9: Bundesländer Deutschland.

Die Befragten in Frankreich sind geographisch konzentrierter, Zwei Drittel von ihnen sind aus den vier Departments Loiraine, Alsace, Rhone-Alpes, Ile-de-France. Eine ähnliche Konzentration

hat sich auch in den Niederlanden ergeben; Zwei Drittel der Befragten sind aus South Holland und North Holland.

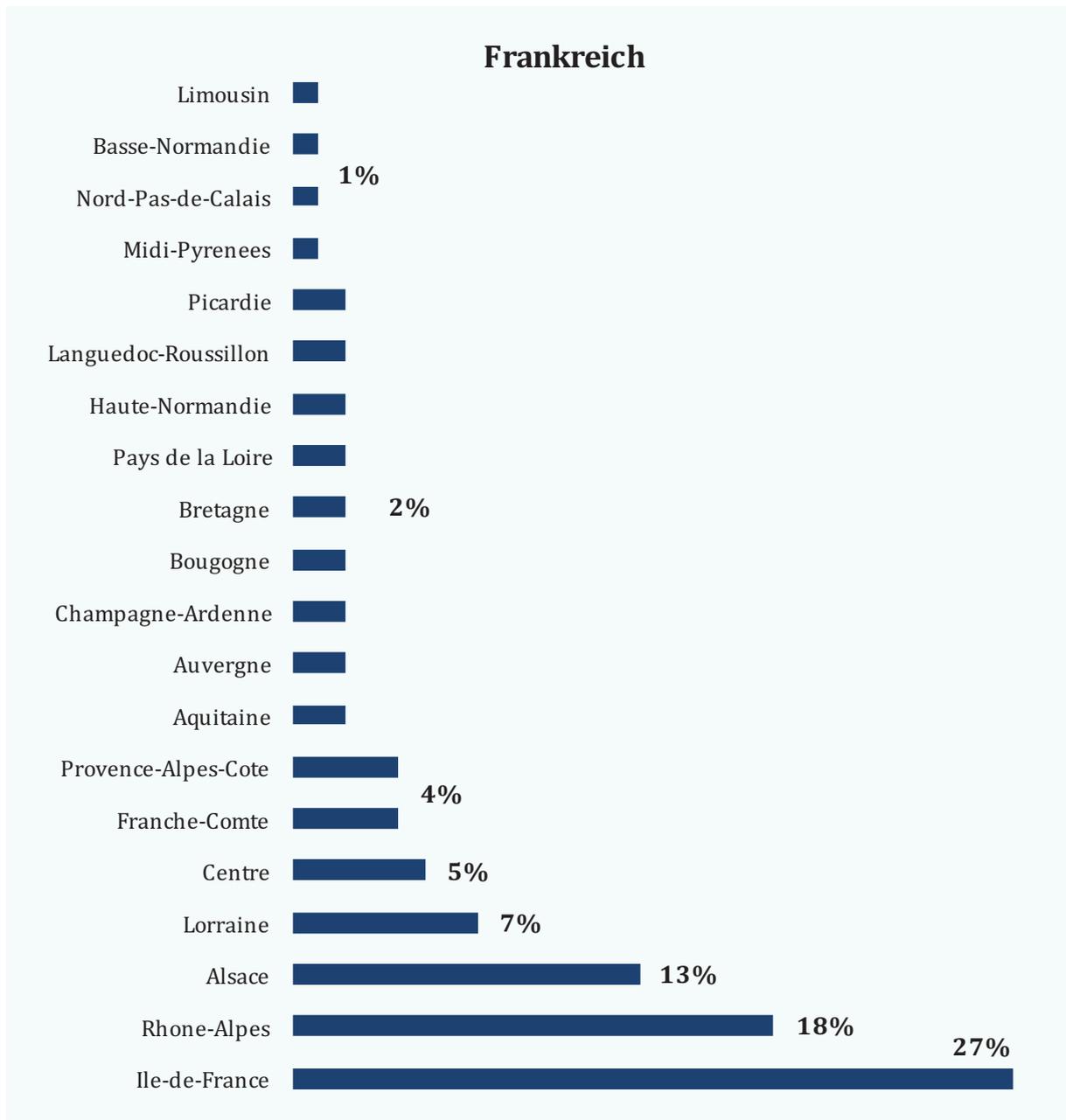


Abbildung 10: Regionen Frankreich.

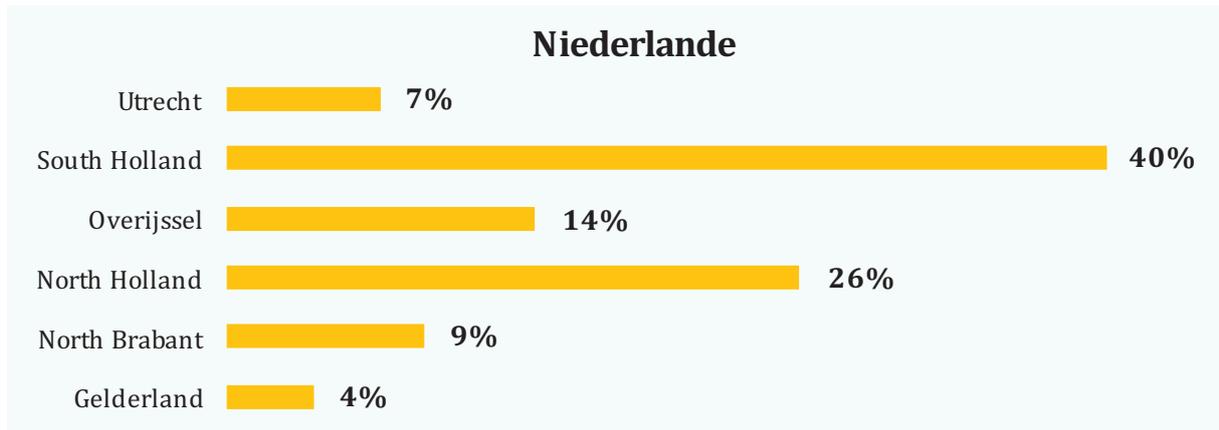


Abbildung 11: Regionen Niederlande.



3. POLITISCHE INTERESSEN UND PARTIZIPATION

Interesse an der Politik des Wohnlandes ist ein wichtiger Indikator für die Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte. „Integration“ bezeichnet einen langjährigen und multi-dimensionalen Prozess, der sowohl aufseiten der Migranten als auch der übrigen Mitglieder der Gesellschaft das Engagement fordert, einander zu respektieren und sich aufeinander einzustellen, auf positive und friedvolle Weise miteinander zu interagieren.² Zugleich bezieht sich „Integration“ auch auf einen „Zustand einer Gesellschaft mit einem möglichst geringen Grad an gesellschaftlichen Konflikten, mit gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe für alle Mitglieder der Gesellschaft, in der die Gewährleistung der Menschenrechte gesichert ist und in der einzelne soziale oder ethnische Gruppen keine Diskriminierung befürchten müssen“.³

Insbesondere in dem Integrationsbegriff als Zustandsbeschreibung ist politische Partizipation inbegriffen, was die Möglichkeit der Bürger bezeichnet, ihre Interessen an das politische System zu übermitteln und versuchen, die dort stattfindenden Prozesse der Entscheidungsfindung und Machtausübung zu beeinflussen und zu kontrollieren.⁴

Das politische Interesse wiederum lässt sich anhand von Wahlbeteiligung und Mitgliedschaft in einer Partei messen. Gleichwohl sind Menschen mit Migrationshintergrund oftmals mit gesellschaftlich und politisch auferlegten Hürden konfrontiert, die ihre politische Teilhabe und ihr Mitspracherecht einschränken. In der Partizipationsforschung beschreibt der Begriff „politisches Interesse“ eine weitgehend der Politik zugewandte Aufmerksamkeit, welche die Bedürfnisse des Bürgers, Wertevorstellungen und Nutzenerwartungen widerspiegelt.⁵

Politische Partizipation hängt eng zusammen mit Zugang zur Staatsbürgerschaft, mit Bildungsniveau sowie sprachlichen Fähigkeiten. Soziales und ökonomisches Kapital beeinflussen ebenfalls den Grad der politischen Partizipation. Die Überzeugung, dass man als Bürger Einfluss auf die politischen Entscheidungen eines Landes nehmen kann, erhöht das politische Engagement der Bürger und erleichtert somit seine politische Partizipation.⁶

² Koser (2007: 43).

³ Auermüller (2009: 25)

⁴ Fuchs (1995: 135).

⁵ Vgl. Holtmann (2000: 271 ff.).

⁶ Vgl. Schmidt (2010: 1 f.).



3.1 Interesse an der Politik des Wohnlandes

Die Erhebungen der Studie zeigen, dass das Interesse der Türkeistämmigen in Deutschland an der Politik im Vergleich zu den Türkeistämmigen in Frankreich und den Niederlanden deutlich stärker ausgeprägt ist. Das Interesse an der Politik des Wohnlandes wurde anhand einer Skala von 1 für „interessiere mich überhaupt nicht“ für die Politik bis zu der Skala 5 „interessiere mich sehr stark“ für die Politik gemessen. Ein Drittel der Befragten in Deutschland brachten ein starkes bzw. sehr starkes Interesse an der deutschen Politik zum Ausdruck. Bei den Türkeistämmigen in Frankreich sind es 30%, in den Niederlanden 23%, der Befragten.

Eine mögliche Erklärung für diese Differenz ist die Länge der Migrationsgeschichte der Türkeistämmigen in diesen Ländern. Die Türkeistämmigen in Deutschland haben eine längere Einwanderungsgeschichte als die in Frankreich und den Niederlanden. Zudem gehören die Türkeistämmigen in Deutschland zu den größten

ethnischen und religiösen Minderheiten. In Frankreich und Niederlanden sind sie unter den Einwanderern eine Minderheit.

Türkeistämmige Befragte bringen in allen drei Ländern ein eindeutiges Interesse an der Politik des Wohnlandes zum Ausdruck. Nur weniger als die Hälfte der Befragten geben an, dass sie an der Politik nicht bzw. wenig interessiert sind, wobei deren Anteil in Deutschland am geringsten, in den Niederlanden am stärksten ist.

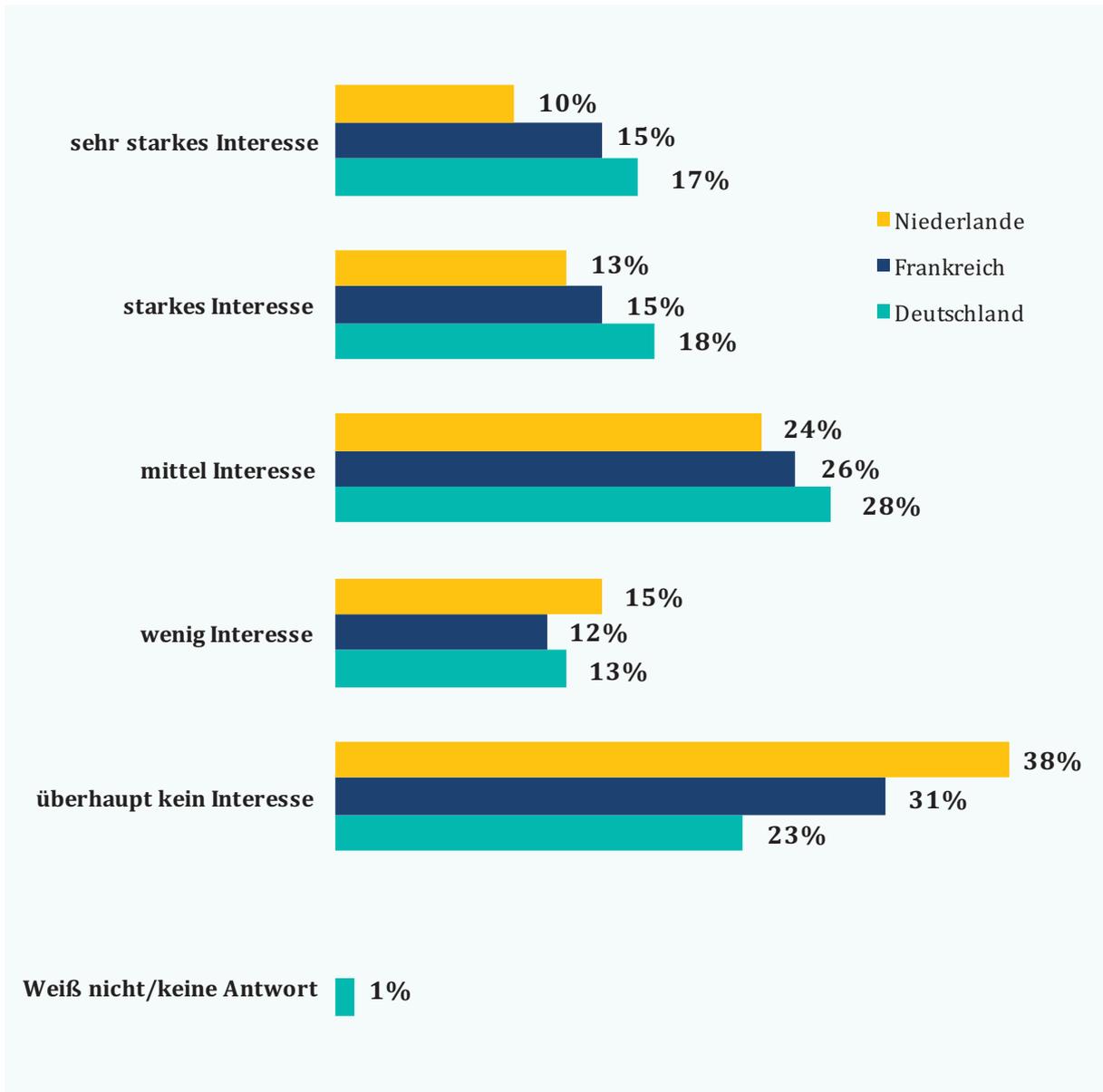


Abbildung 12: Interesse an der Politik des Wohnlandes aller Befragten.



3.2 Interesse an der Politik der Türkei

Das Interesse der Türkeistämmigen an der Politik der Türkei und ihrer Beteiligung an den türkischen Parlamentswahlen wurde in der Öffentlichkeit der drei Länder kontrovers diskutiert. Da seit 2014 türkische Staatsbürger in den Auslandsvertretungen wählen können, wurden auch in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden Wahlkampagnen geführt, die Spannungen mit den Behörden und Entscheidungsträgern in den jeweiligen Ländern hervorgerufen haben.

Das Wahlrecht für türkische Staatsbürger im Ausland gehörte zu den zentralen Forderungen der Auslandstürken seit vielen Jahren. Eine entsprechende Gesetzesänderung konnte allerdings erst im Jahre 2012 verabschiedet werden. Bis dahin mussten die türkischen Staatsbürger im Ausland in die Türkei fahren bzw. fliegen, um an den Flughäfen bzw. an der Grenze in einem bestimmten Zeitraum wählen zu dürfen. Zum ersten Mal wurde bei der Präsidentschaftswahl im August 2014 in den türkischen Konsulaten gewählt. Die Aufzählung der Stimmzettel findet in der Türkei statt. Bei der Präsidentschaftswahl fiel die Wahlbeteiligung im gesamten Ausland (Konsulaten, Grenzübergängen und internationalen Flughäfen) mit 526.541 abgegebenen Stimmen schwach aus.

Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei den folgenden zwei Parlamentswahlen und beim Referendum zum Präsidentsystem kontinuierlich gestiegen. Bereits bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 erhöhte sich die Wahlbeteiligung auf 36,84%, in den wiederholten Parlamentswahlen am 1. November 2015 wurde sogar eine Beteiligung von 44,78% verzeichnet. Bei dem Referendum über die Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidentsystems stieg die Wahlbeteiligung weiter um drei Prozentpunkte an, knapp weniger als die Hälfte der 2.972.771 registrierten Wähler machten von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch.⁷

⁷ Die Auslandswahlberechtigten machen circa 5% aller Wahlberechtigten aus..

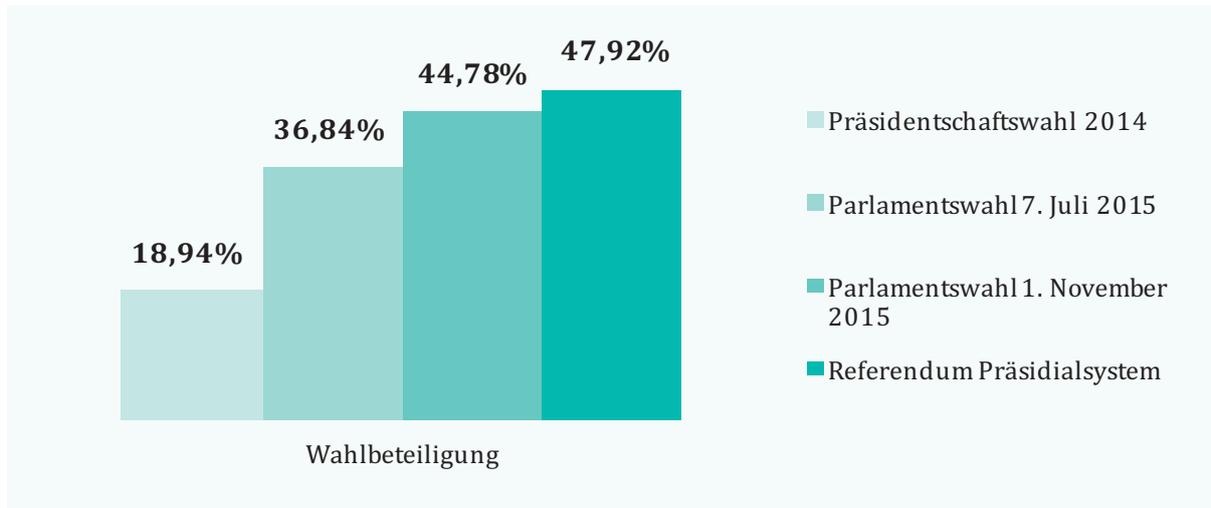


Abbildung 13: Entwicklung der Wahlbeteiligung der Auslandstürken.⁸

Der starke Anstieg der Wahlbeteiligung der Türkistämmigen an den türkischen Wahlen ist auch ein Ergebnis zahlreicher Reformen, die die Wahlbeteiligung im Ausland erleichterten. Zu nennen sind die Abschaffung der Terminvereinbarung, die Erhöhung der Anzahl von eingerichteten Wahllokalen und die Abschaffung der Pflicht, nur im zuständigen Konsulat wählen zu müssen. Eine weitere Erklärung für den Anstieg der Wahlbeteiligung

ist die Entwicklung eines Demokratieverständnisses durch den Gebrauch des Wahlrechts. Zudem wurden auch in den Leitmedien jeweiliger Länder intensiv über die Wahlen in der Türkei berichtet, was ebenfalls positiv auf die Wahlbeteiligung der türkischen Staatsangehörigen gewirkt hat.

⁸ Eigene Darstellung. Vgl. www.ysk.gov.tr.

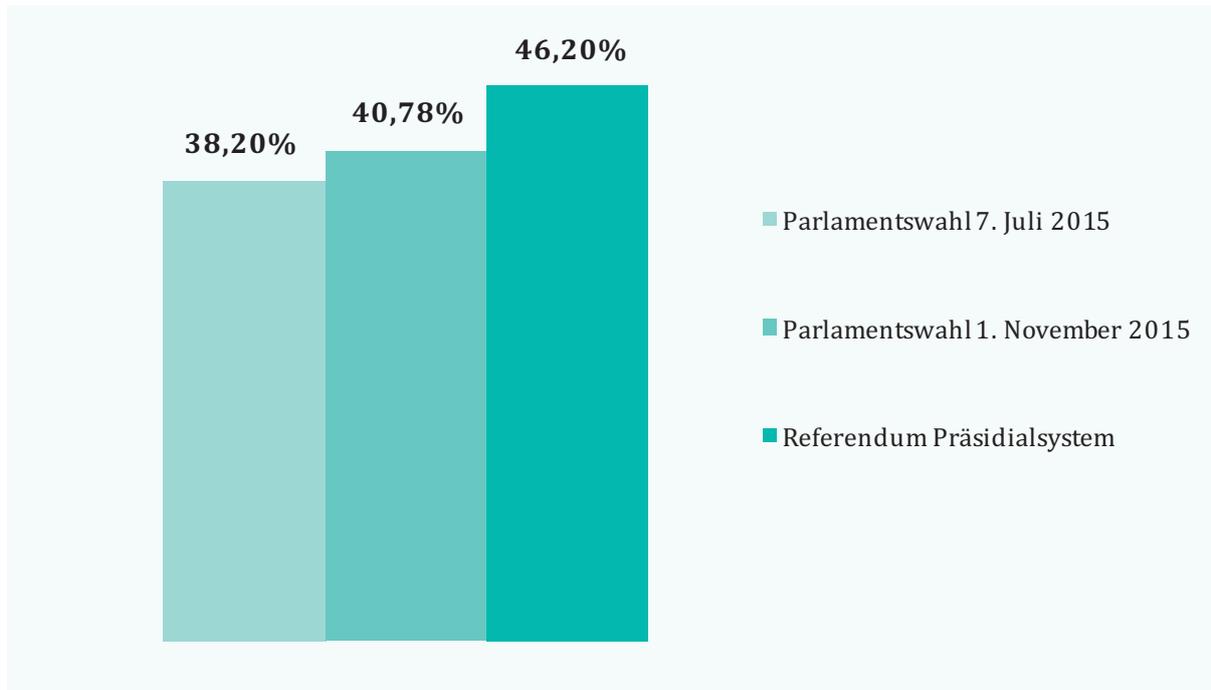


Abbildung 14: Entwicklung der Wahlbeteiligung der Türkeistämmigen in Deutschland.

Das Interesse der Befragten an der türkischen Politik ist im Gegensatz zu der Politik ihres Wohnlandes deutlich höher. Ein Grund ist der intensiv gepflegte Kontakt zu den Familienangehörigen in der Türkei. Zudem machen Türkeistämmige in ihrem Aufenthaltsland Diskriminierungserfahrungen und haben das Gefühl, von der Mehrheitsgesellschaft abgewiesen zu werden, was ihren Fokus stärker auf die politischen Entwicklungen in der Türkei richten lässt.

Die Erhebungen zeigen ein ausgeprägtes Interesse an der türkischen Politik, wobei es am stärksten in Deutschland ausgeprägt ist. In den Niederlanden dagegen ist das Interesse an der türkischen Politik am schwächsten, wobei auch dort etwa die Hälfte der Befragten ihr Interesse zum Ausdruck gebracht hat. Der Anteil derjenigen, die sich für die türkische Politik interessieren, liegt in den Niederlanden am stärksten. Auf die Frage, wie stark sie sich für die türkische Politik interessieren antworteten die Befragten folgendermaßen:

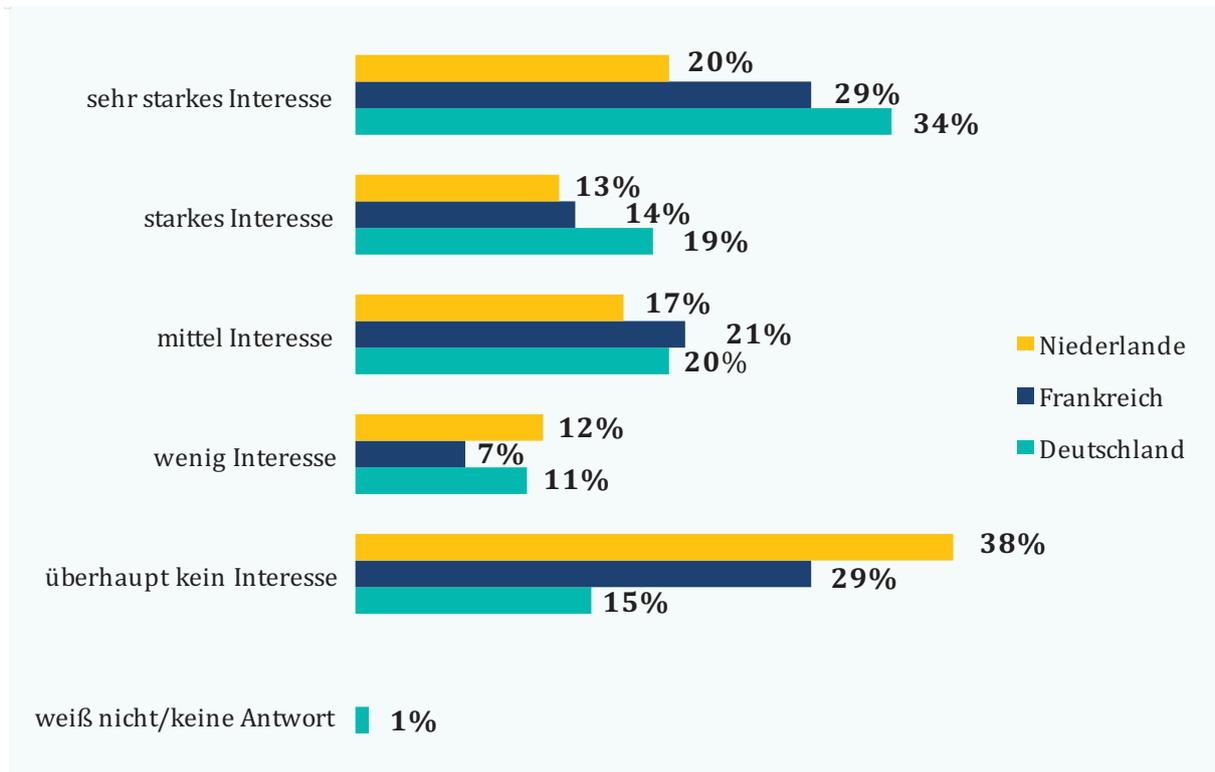


Abbildung 15: Interesse an der Politik der Türkei. Alle Befragten.

Das Interesse an der türkischen Politik ist insgesamt stärker ausgeprägt als das Interesse an der Politik des Wohnlandes. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass in dem Zeitraum der Befragung (14.2. - 07.03.2017) die Kampagnen für das Verfassungsreferendum bereits liefen und in den Medien, der Öffentlichkeit und im Privaten darüber intensive Diskussionen geführt wurden. Von Bedeutung ist auch, dass Türkeistämmige vielfach der Ansicht sind, dass sie von der Politik ihres Wohnlandes nicht einbezogen werden.

In den Niederlanden kommt es hinzu, dass dort die türkische Sozial- und Familienministerin an der Durchführung einer Wahlveranstaltung verhindert und als *Persona non grata* zwangsausgewiesen wurde und die niederländische Polizei gegen die türkischen Demonstranten hart durchgriff. Diese Entwicklung könnte das Interesse an der türkischen Politik sogar noch mehr gestärkt haben. Allerdings deuten die Ergebnisse der Erhebungen nicht auf eine negative Kausalität zwischen dem Interesse an der Politik des Wohnlandes und des Herkunftslandes hin.



3.3 Wahlbeteiligung

Um die politische Partizipation der Türkeistämmigen zwischen 18 bis 40 Jahre weiter zu differenzieren, wurde gefragt, an welchen Wahlen sie sich zuletzt beteiligt haben.

In Deutschland, Frankreich und den Niederlanden ist die Teilnahme an den letzten Wahlen in der Türkei im Vergleich zum Interesse an der türkischen Politik wesentlich niedriger. Die geringere Teilnahme an den Parlamentswahlen in der Türkei als an den Parlamentswahlen im Aufenthaltsland haben vor allem logistische Gründe, denn für eine Stimmabgabe an einer türkischen Wahl bzw. Referendum müssen u.a. längere Fahrten in Kauf genommen werden.

Außerdem ist der Anteil der Türkeistämmigen, die keine Angabe über ihre letzte Wahlbeteiligung machten bzw. machen konnten, liegt in Deutschland fast doppelt so hoch wie in Frankreich und den Niederlanden. Eine mögliche Erklärung dafür ist die Sorge bzw. die Angst vor einer Benachteiligung aufgrund des Interesses an der türkischen Politik, was in deutschen Medien häufig als Indikator von Integrationsdefiziten thematisiert wurde. Die Kritik am Interesse der Türkeistämmigen für die türkische Politik durch die Mainstream-Medien und Entscheidungsträger hat zuweilen auch Selbstzensur und Verleugnung der politischen Präferenzen zur Folge.

Insbesondere die junge Generation der Türkeistämmigen wünscht sich eine effektivere Repräsentation durch die Entscheidungsträger und auch emotionale Identifikation mit der Politik des Aufenthaltslandes. Das zunehmende Interesse an Migrantparteien wie etwa der DENK-Partei in den Niederlanden lässt sich ebenfalls auf Ausgrenzungserfahrungen und mangelhafte Repräsentation zurückführen.

In Deutschland und Frankreich geben rund ein Viertel der Befragten an, dass Sie an den Bundestagswahlen bzw. Parlamentswahlen teilgenommen haben. In den Niederlanden beträgt die Wahlbeteiligung an den allgemeinen Wahlen sogar 43%. Die politische Partizipation ist in den Niederlanden wesentlich höher als in Deutschland oder Frankreich.

Auch die Beteiligung an der Europawahl ist in den Niederlanden mit 12% viel höher. Ein wesentlicher Grund dafür ist die höhere Anzahl der Türkeistämmigen Kandidat/-innen in den Niederlanden. Die Wahlbeteiligung in Deutschland lag nur bei 3%, in Frankreich bei 5%.

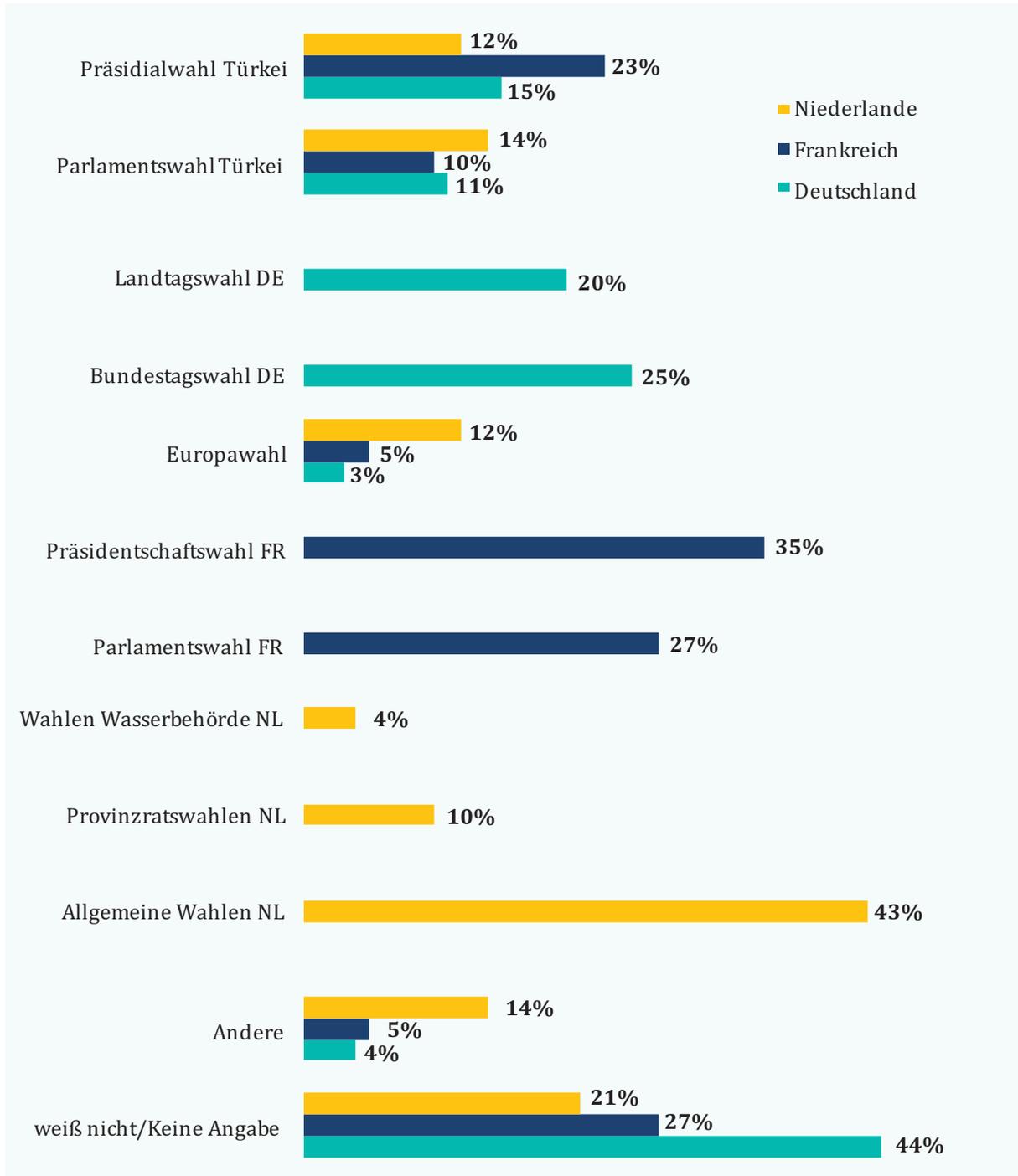


Abbildung 16: Teilnahme an den Wahlen aller Befragten; mehrere Antworten möglich.



Allgemein lässt sich sagen: Je jünger die Altersgruppe, desto niedriger auch die Wahlbeteiligung.⁹ In dieser Studie wurden ausschließlich 18 bis 40-Jährige befragt. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen eine schwache Wahlbeteiligung unter den Türkeistämmigen, was auf Defizite in der politischen Partizipation deutet.

Hieran anschließend lässt sich sagen, dass die Einbeziehung der Türkeistämmigen in die politischen Entscheidungsprozesse und die politische Klasse des Einwanderungslandes nicht gelungen ist. Das Nichtgewähren des Kommunalwahlrechts für Migrant/-innen und der doppelten Staatsbürgerschaft für alle Türkeistämme in Deutschland haben zur Folge, dass intensive Auseinandersetzungen mit dem politischen System des Landes nicht stattfinden und eine starke Identifikation mit dem Einwanderungsland nicht zustande kommt. Die mangelhafte Partizipation und gar Ausgrenzung der Türkeistämmigen aus politischen Prozessen sind Entwicklungen, die auch mit den Interessen des Einwanderungslandes nicht im Einklang stehen.

Die hohe Wahlbeteiligung der Türkeistämmigen in Frankreich an der türkischen Präsidentschaftswahl verdeutlicht, dass die politischen Erfahrungen im Einwanderungsland auch die Beteiligung an den Wahlen in der Türkei beeinflussen. Frankreich hat eine Präsidialdemokratie als Regierungsform mit einem Präsident an der Spitze, der

direkt vom Volk gewählt wird. Nach einer Verfassungsänderung wurde 2014 erstmals in der Geschichte der Türkei dem Volk das Recht zugestanden, den Staatspräsidenten direkt zu wählen. Durch das jüngste Verfassungsänderungsreferendum in der Türkei wird bis zum Jahr 2019 das parlamentarische in ein Präsidialsystem umgebaut.

Die Antworten auf die Frage „Welches Regierungssystem wünschen Sie sich für die Türkei?“ verdeutlichen, wie wichtig die Vertrautheit zu einem Regierungssystem ist, um sich für oder dagegen zu entscheiden. Deutschland hat eine ideal funktionierende parlamentarische Demokratie, in der die Kultur des politischen Konsenses herrscht. Die Niederlande ist eine parlamentarische Monarchie, in der der König repräsentative Aufgaben erfüllt und sämtliche verabschiedete Gesetze unterzeichnet, damit sie in Kraft treten können. In beiden Ländern funktioniert die parlamentarische Demokratie äußerst erfolgreich. Dementsprechend fiel auch die Zustimmung für das parlamentarische bzw. Präsidialsystem unter den Türkeistämmigen in den drei Ländern unterschiedlich aus.

⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2013).

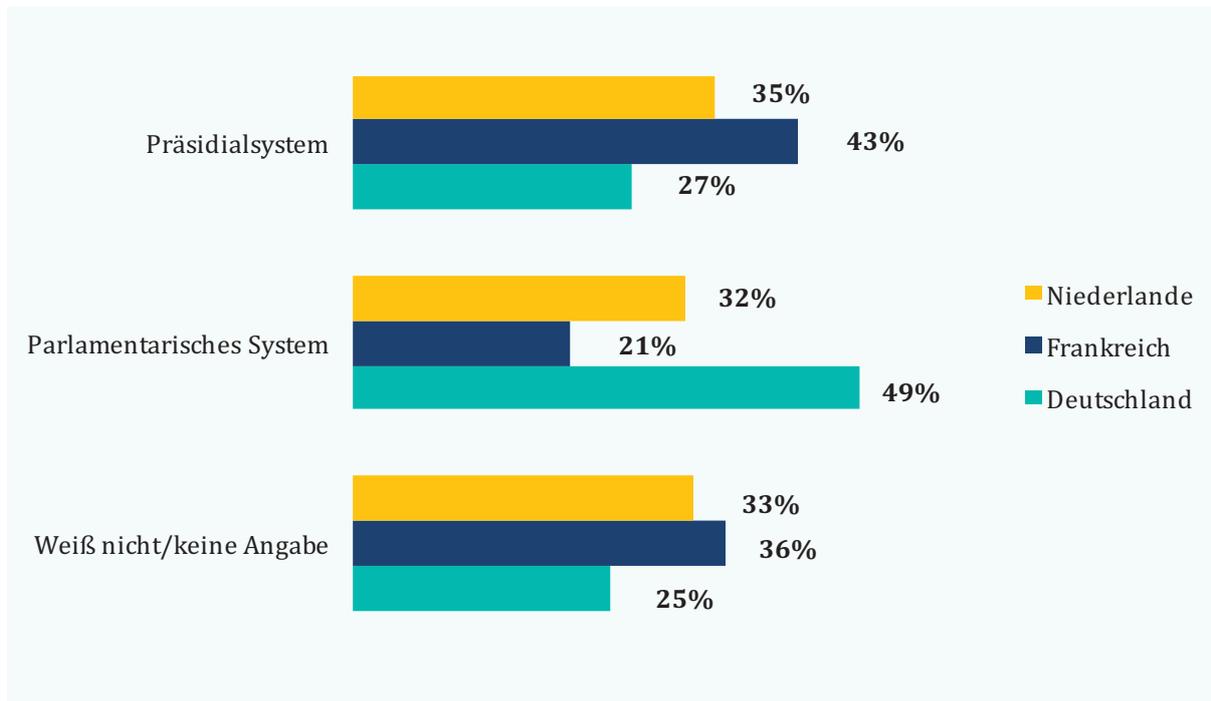


Abbildung 17: Gewünschte Regierungssystem für die Türkei. Alle Befragten.

Fast jeder zweite Befragte in Frankreich wünscht sich das ihm/ihr vertraute Präsidialsystem auch für die Türkei. Jede zweite der Befragten in Deutschland dagegen spricht sich für ein parlamentarisches System aus, in den Niederlanden ist es jeder dritte Befragte. Der hohe Anteil derjenigen, die entweder unentschlossen waren bzw. keine Angabe machen wollten, lässt sich mit Unklarheiten über einen Wechsel der Regierungsform in der Türkei erklären.

An dem Referendum zur Einführung eines Präsidialsystems haben sich im Ausland 1.424.227

wahlberechtigte türkische Staatsangehörige beteiligt. 831.208 (59,1%) Wähler/-innen haben sich für ein Präsidialsystem entschieden. In den Niederlanden betrug die Unterstützung für ein Präsidialsystem 73%, in Frankreich 65% und in Deutschland 63%.¹⁰

Ermittelt wurde auch, welche Partei bzw. welchen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten die Befragten bei der letzten türkischen Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahl gewählt haben.

¹⁰ Vgl. Seçim Haberler 2017.



3.3.1 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei

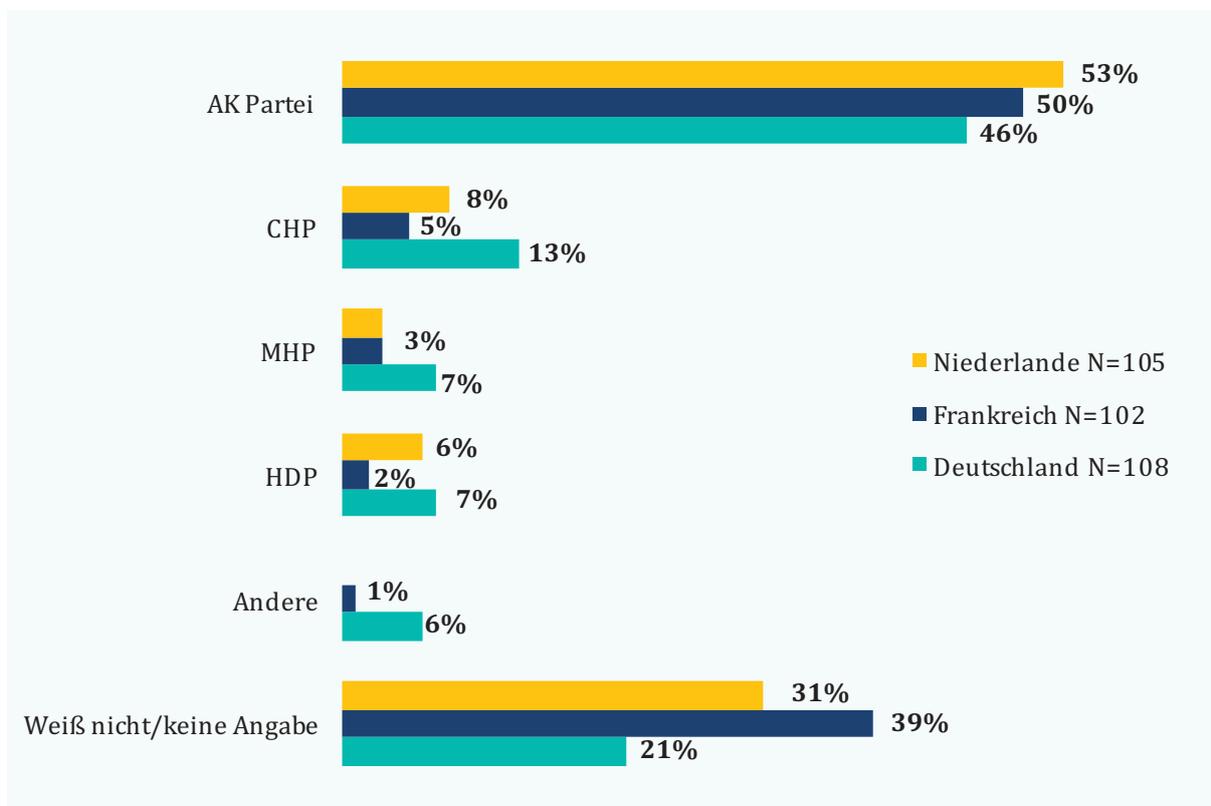


Abbildung 18: Parteipräferenz-Parlamentswahl in der Türkei; an der Wahl Teilgenommene.

Knapp die Hälfte der Befragten hat angegeben, bei der letzten Parlamentswahl die AK Partei gewählt zu haben. Recep Tayyip Erdoğan, Gründungsvater und langjähriger Vorsitzender der AK Partei, erfreut sich bei den Wählern eines stärkeren Zuspruchs als die AK Partei. Eine Erklärung hierfür ist, dass die Auslandstürken die türkische Wirtschaftsdynamik der letzten 15 Jahre sowie die rasante Entwicklung der Infrastruktur des Landes größtenteils als Verdienst Erdoğan ansehen.

Zudem ist Erdoğan ein Politiker und Staatsmann, der sich für die Belange und Probleme der Auslandstürken – vom Wehrdienst bis zur Rentenproblematik von Rückkehrern – einsetzt und Lösungen herbeigeführt hat. Auch sein selbstbewusstes Auftreten gegenüber europäischen Entscheidungsträgern kommt bei den Türkeistämmigen im Ausland gut an. Hinzu kommen globale Krisenerscheinungen sowie wirtschaftliche und politische Herausforderungen, welche die Seh-



sucht nach starken Führungsfiguren stärkt. In einer solchen Atmosphäre finden Politiker/-innen wie Angela Merkel oder Erdoğan, die durch ihre

langjährigen politischen Erfahrungen hohes Ansehen und Vertrauen genießen, starken Zuspruch bei Bürgern.

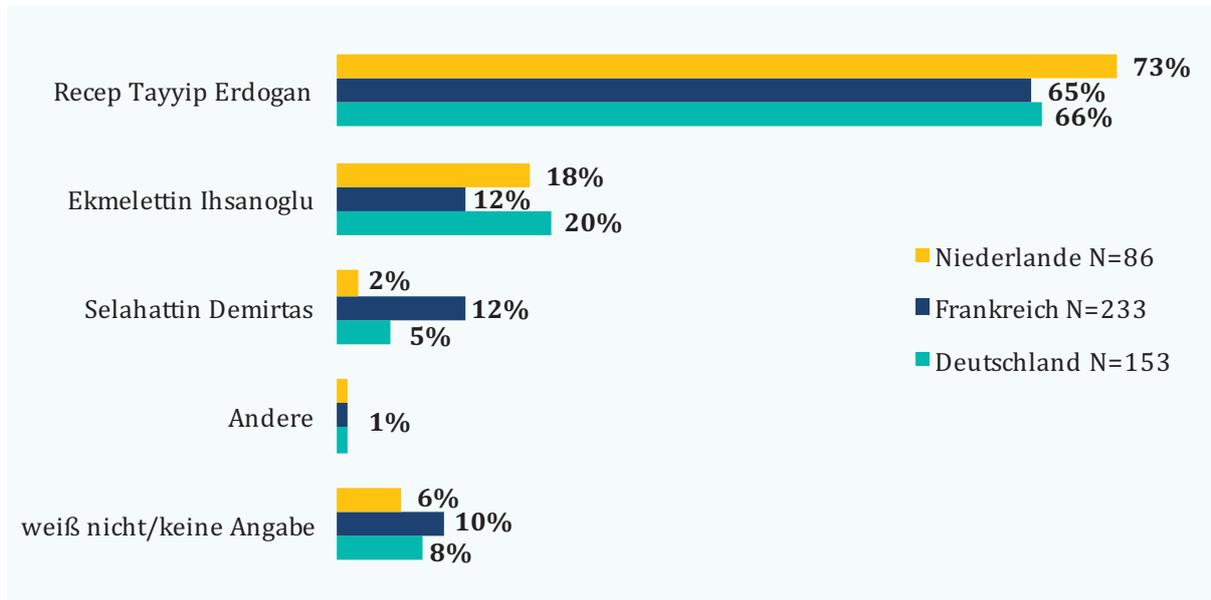


Abbildung 19: Präsidentschaftswahl in der Türkei; an der Wahl Teilgenommene.

3.3.2 Europawahlen

Seit 1979 finden Europawahlen statt, bei denen die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten die Abgeordneten des *Europäischen Parlaments* wählen. Wenngleich die Wahlbeteiligung unter den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfällt, nimmt sie europaweit kontinuierlich ab. Während die durchschnittliche Wahlbeteiligung 1979 europaweit noch bei 62% lag, betrug sie bei der Europawahl 2014 nur noch 43%.¹¹

Das Interesse an der Europapolitik und die Wahlbeteiligung an den Europawahlen sind im Vergleich zu der Beteiligung an den Parlaments- und Kommunalwahlen des Aufenthaltslandes extrem gering. So haben 77% der befragten Türkeistämmige in Deutschland noch nie an einer Europawahl teilgenommen. In Frankreich und den Niederlanden liegt der Anteil derer, die noch nie an einer Europawahl teilgenommen haben, ebenfalls deutlich hoch.

¹¹ Vgl. Europäisches Parlament (2014).

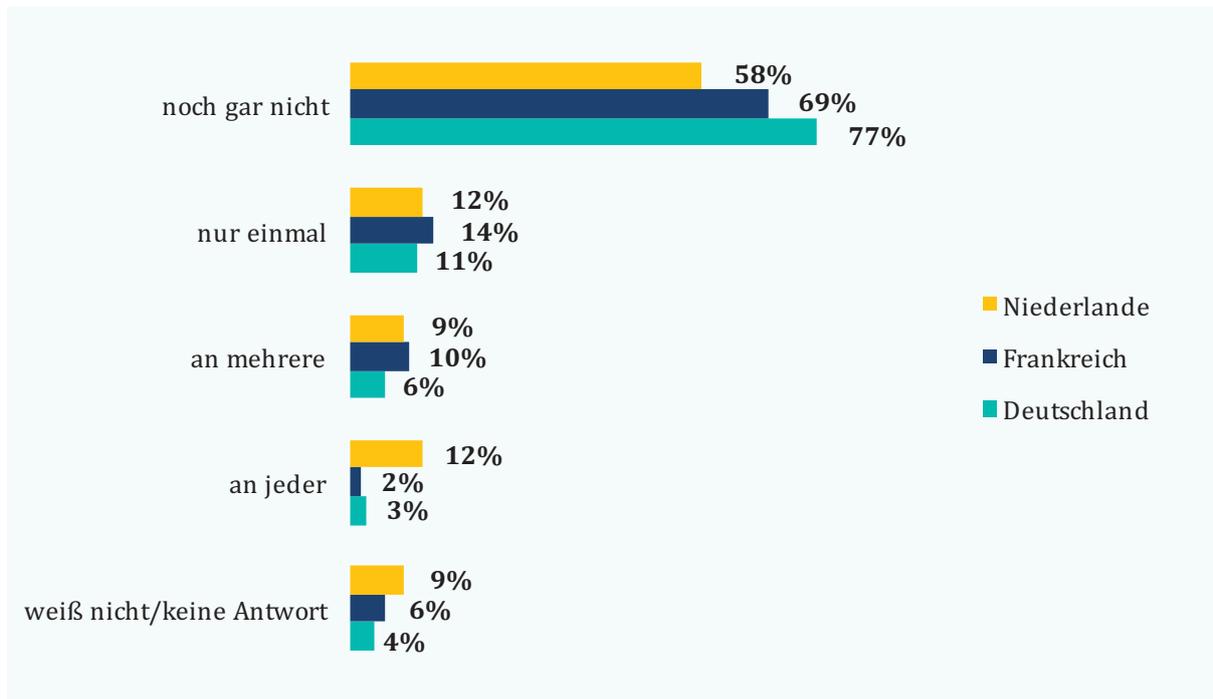


Abbildung 20: Beteiligung an der Europawahl aller Befragten.

Das mangelnde Interesse der Mehrheitsgesellschaft an den Europawahlen kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Die EU-Entscheidungen werden oftmals für den eigenen Alltag als nicht entscheidend wahrgenommen. Außerdem tragen die Parteien die Mitschuld an dem Desinteresse, weil sie die europapolitischen Schwerpunkte oftmals nicht ausreichend mit der Wahlbevölkerung kommuni-

zieren. Für den Alltag der Türkeistämmigen scheinen die EU-Wahlen ebenfalls uninteressant zu sein. Sie können sich weder mit den EU-Politikern identifizieren, noch mit den politischen Inhalten.

Die Parteipräferenz derjenigen, die an einer Europawahl teilgenommen haben, ist folgendermaßen:

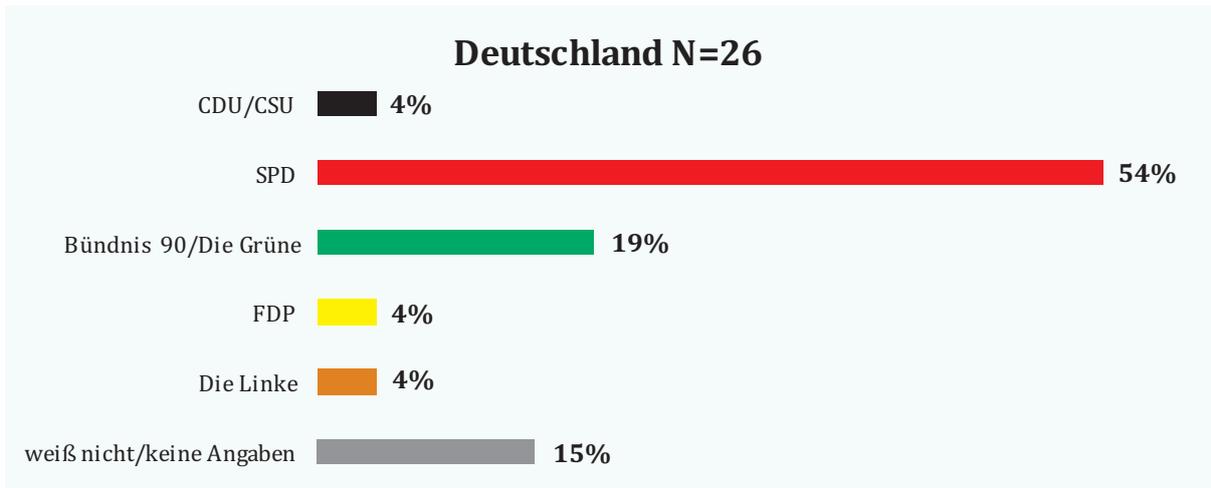


Abbildung 21: Deutschland-Parteipräferenzen bei der Europawahl, an der Wahl Teilgenommene.

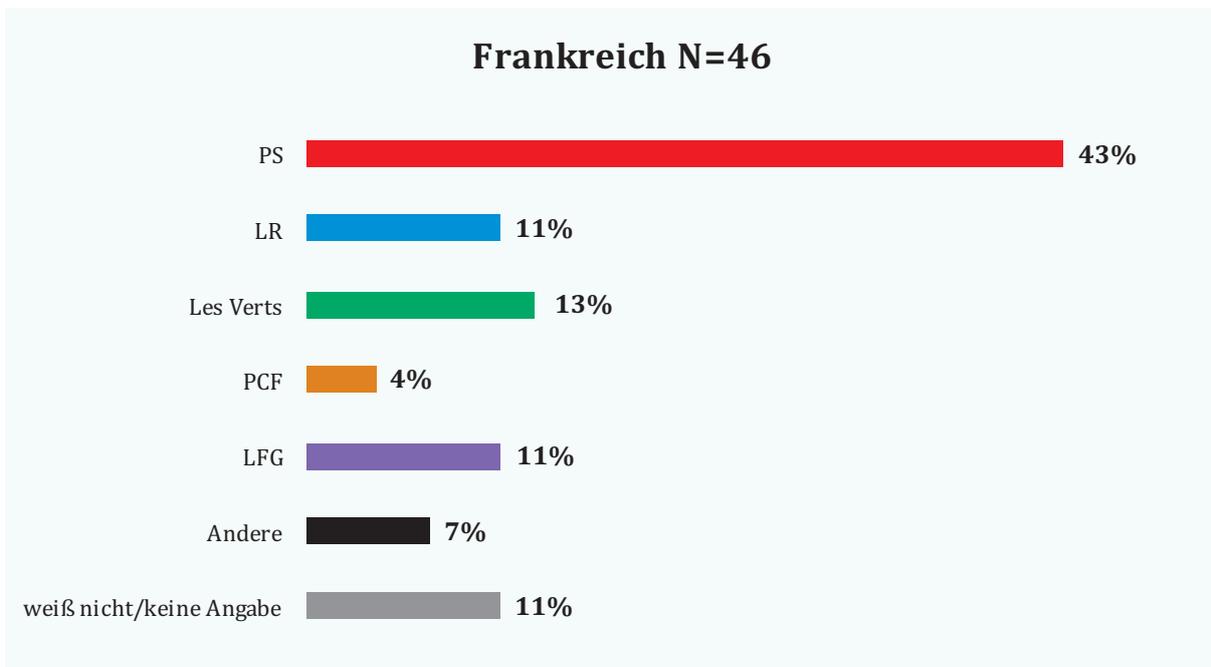


Abbildung 22: Frankreich-Parteipräferenzen bei der Europawahl, an der Wahl Teilgenommene.



In Frankreich und Deutschland werden eher die Mitte-Links Parteien gewählt. Jeder zweite in Deutschland wählt die SPD, in Frankreich die PS. In den Niederlanden gibt es durch die große Anzahl an Parteien mehrere Nennungen für die Rubrik „andere“.

Die Türkeistämmigen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden sind überwiegend konservativ. Dennoch gehen sie auf konservative Par-

teien auf Distanz, weil diese generell eine ausgrenzende Ausländerpolitik vertreten und Migranten primär unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachten. Türkeistämmige sind der Ansicht, dass konservative Parteien ihre Bedürfnisse nicht berücksichtigen und bevorzugen daher, zum Teil entgegen ihrer Weltanschauung, überwiegend Mitte-Links-Parteien, die sich für die Belange der Migranten einsetzen.

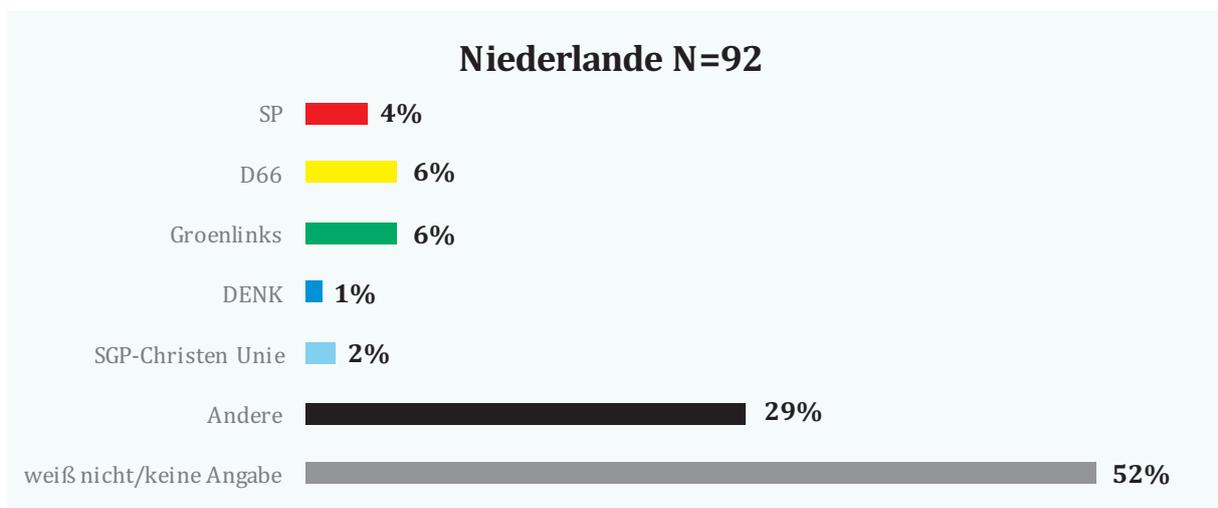


Abbildung 23: Niederlande Parteipräferenzen in Europawahl, an Wahl Teilgenommene.

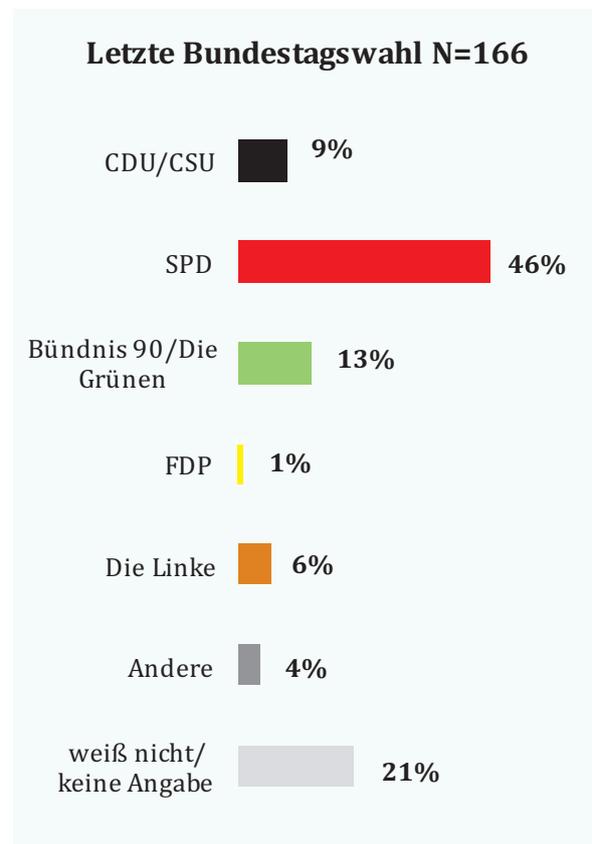
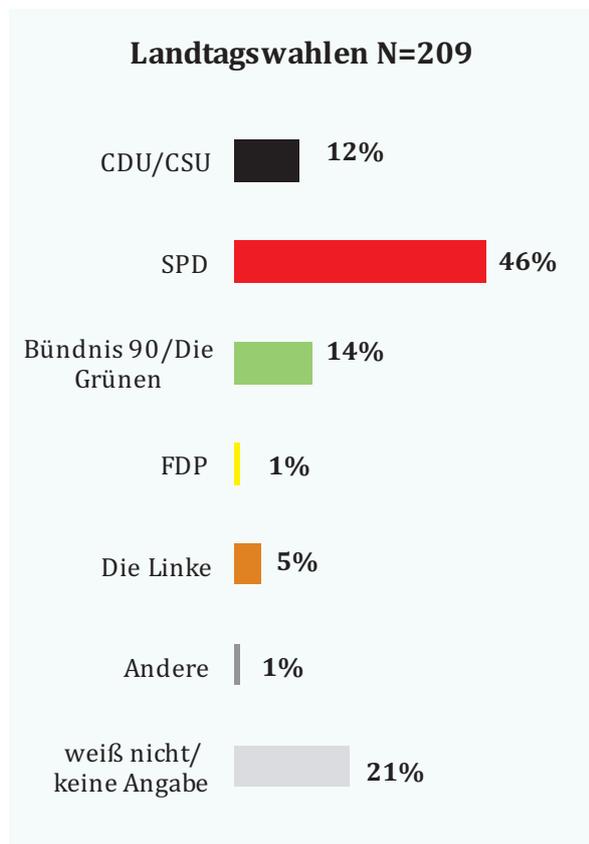


3.4 Parteipräferenzen

3.4.1 Parteipräferenzen in Deutschland

Zwei-Drittel der befragten Türkeistämmige in Deutschland gaben an, dass sie Parteien links von

Mitte bevorzugen, wobei an erster Stelle die SPD liegt.



Unabhängig von der Staatsbürgerschaft wurde den Türkeistämmigen in Deutschland die Frage gestellt, welche Partei sie bei der nächsten Bundestagswahl wählen würden, wenn sie die Möglichkeit hätten zu wählen. Das Ergebnis ist insofern bemerkenswert, da die Zustimmung für die SPD drastisch zurückging und die Antwort

„weiß nicht/keine Angabe“ sich auf 41% verdoppelte. Auch die Zahl derer, die zu den Nichtwählern gezählt werden, ist mit 15% auffällig hoch.

Das hat seinen Grund darin, dass viele Türkeistämmige sich von den Parteien nicht vertreten fühlen. Sie distanzieren sich von den traditionell



bevorzugten Mitte-Links Parteien aufgrund deren Türkei politik und deren Nähe zu Terrororganisationen wie die PKK. Hinzu kommt eine allgemeine Politikverdrossenheit, die die Skepsis gegenüber etablierten Parteien stärkt. Sie sind häufig der Ansicht, dass sie in den Entscheidungsfindungsprozess nicht genügend einbezogen und ihre politischen Erwartungen kaum berücksichtigt

werden. Was auch eine mögliche Erklärung für die hohe Anzahl von „weiß nicht“-Angaben sein könnte. In Ermangelung politischer Alternativen zu den kritisierten Parteien kommt es zu einer Abwendung von der Politik, wodurch die politische Partizipation von Türkeistämmigen erschwert wird.

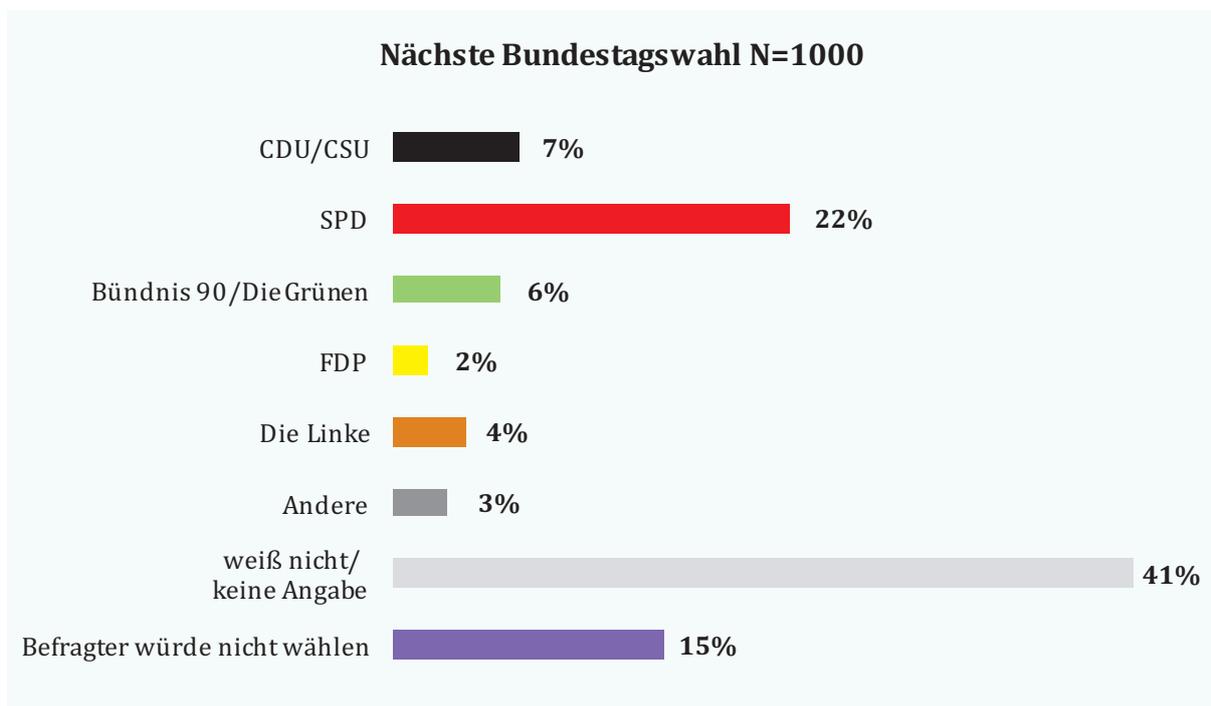


Abbildung 24: Parteipräferenzen bei der Bundestagswahl.



3.4.2 Parteipräferenzen in Frankreich

Die *PS - Parti Socialiste* führt in Frankreich das Parteien-Ranking an. Allerdings besteht bezüglich der kommenden Parlamentswahlen große Ungewissheit, Zwei Drittel der Befragten wissen nicht,

welche Partei sie wählen werden oder machen keine Angabe. Der Zuspruch für die *PS - Parti Socialiste* sinkt von 27% auf 9%.

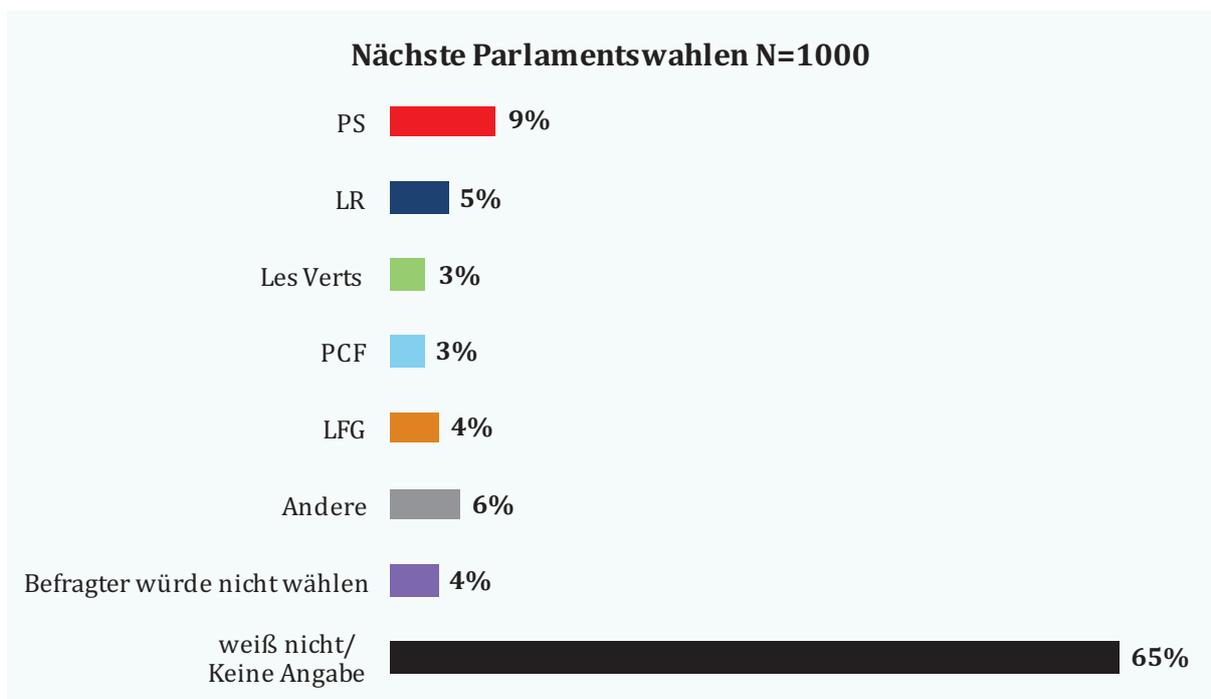


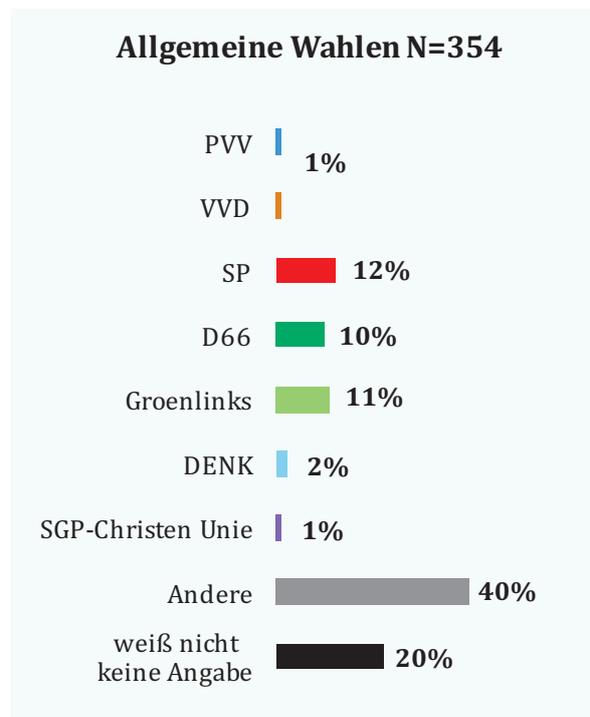
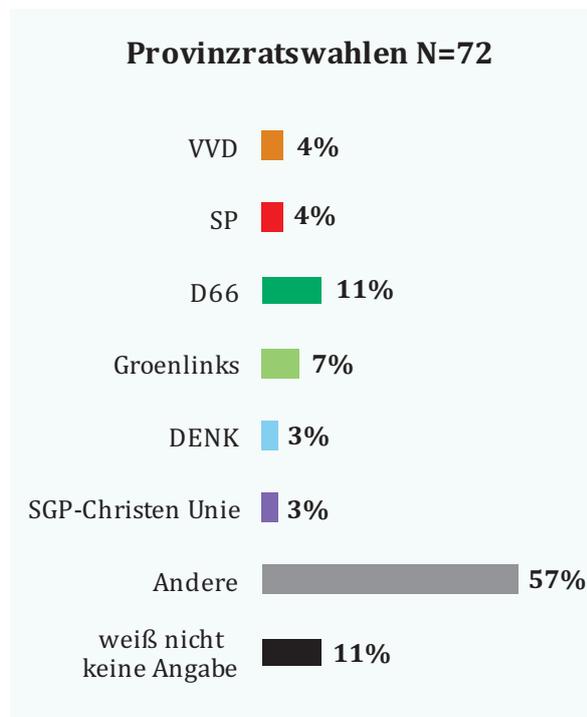
Abbildung 25: Parteipräferenzen bei den Präsidentschaftswahlen.



3.4.3 Parteipräferenzen in den Niederlanden

Den größten Zuspruch bei den nächsten allgemeinen Wahlen in den Niederlanden erhalten die SP und die Migrantenpartei DENK, gefolgt von D66 und Groenlinks. Da das Parteiensystem in

den Niederlanden sehr gespalten ist, geben fast zwei Drittel an, dass Sie eine andere Partei gewählt haben bzw. wählen werden.



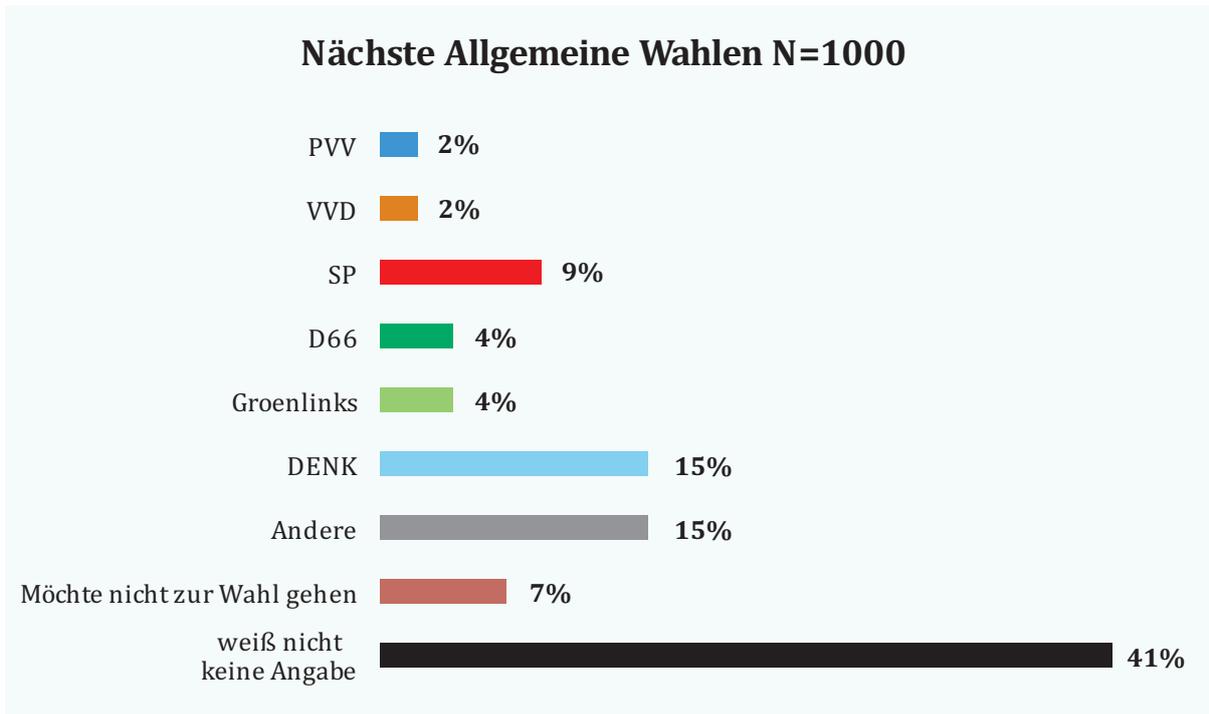


Abbildung 26: Parteipräferenzen bei allgemeinen Wahlen.

3.5 Parteimitgliedschaft

Politische Parteien haben in den vergangenen Jahren immer mehr Mitglieder verloren. Zudem befinden Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft in einem Wandel. Der zunehmende Vertrauensverlust in die Politik sowie neue politische Herausforderungen wie etwa die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 haben auch die Mitgliederzahlen der im Bundestag vertretenen Parteien beeinflusst. Die Mitgliederzahl der kürzlich gegründeten rechtspopulistischen *AfD - Alternative für Deutschland*

stieg im Dezember 2016 gegenüber Dezember 2015 von 22.000 auf 26.000 und sie ist in nahezu allen Landesparlamenten vertreten. Die Mitgliederzahl aller im Bundestag vertretenen Parteien dagegen beträgt rund 1.3 Millionen.¹² 20 Jahre zuvor betrug die gesamte Mitgliederzahl 2.4 Millionen, was einen dramatischen Rückgang von 40% in 20 Jahren ausmacht.¹³

¹² Vgl. Statista (2015).

¹³ Vgl. Klein/Spier 2011.

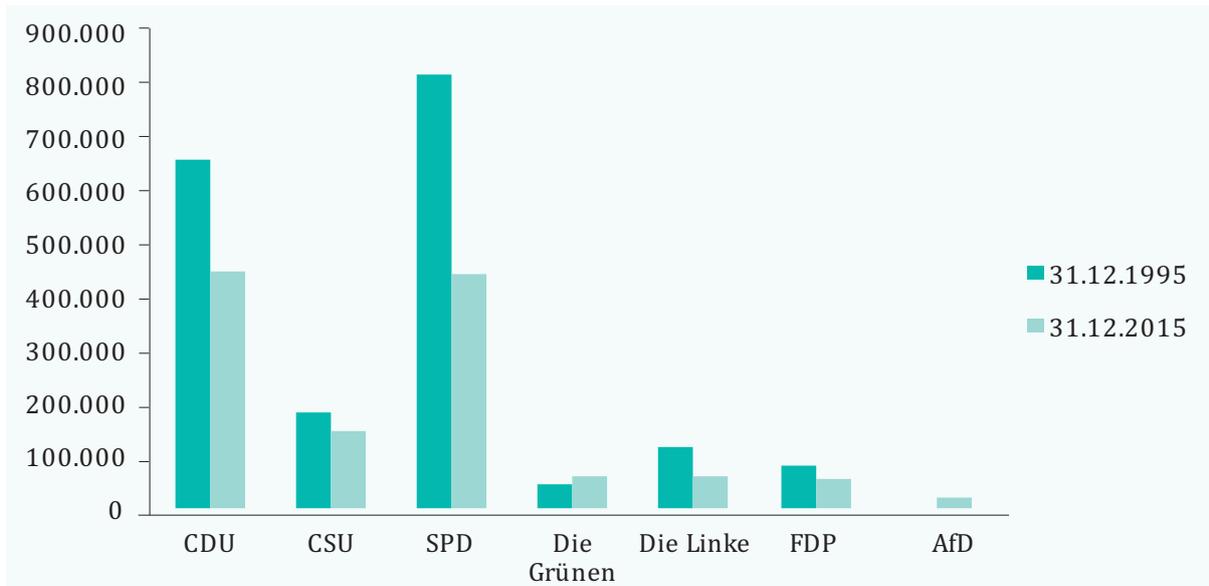


Abbildung 27: Mitgliederzahl der politischen Parteien in BRD in den letzten 20 Jahren.¹⁴

Motive für eine Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind vielfältig. Parteiforscher Patrick Seyd und Paul Whiteley unterscheiden im Rahmen eines *General-Incentives-Modells* zwischen „harten“ und „weichen Anreizen“.¹⁵ Zu den „harten Anreizen“ zählen persönliche Vorteile wie beispielsweise Zugang zu Ämtern, Mandaten oder Eröffnung beruflicher Perspektiven, die eine Parteimitgliedschaft mit sich bringen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei. Zu den „weichen Anreizen“ gehört vor allem der Glaube, dass man durch eine Parteimitgliedschaft politische Inhalte durchsetzen und zum Funktionieren der Demokratie beitragen kann – ohne zeitaufwendiges innerparteiliches Engagement.

Parteimitgliedschaft unter Türkeistämmigen ist im Vergleich zu den Einheimischen deutlich niedrig. Verantwortlich hierfür ist der Umstand, dass Türkeistämmige kaum von den genannten harten Anreizen profitieren können, für sich wenig Aufstiegs- und politische Entfaltungsmöglichkeiten sehen und dementsprechend eine Parteimitgliedschaft als wenig interessant bewerten. Die Überzeugung von der Fähigkeit, eigene politische Interessen durchzusetzen, ist sehr gering, die Hürden eines innerparteilichen Aufstiegs dagegen sehr groß.

Dementsprechend war der überwiegende Teil der Befragten noch nie Mitglied einer Partei. Die

¹⁴ Eigene Darstellung, vgl. a. Statista (2015).

¹⁵ Vgl. Klein/Spier (2013: 50).



Antwort auf die Frage „Sind oder waren Sie einmal Mitglied einer Partei?“ fiel in Deutschland zu

88%, in Frankreich zu 90% und in den Niederlanden zu 94% mit Nein aus.

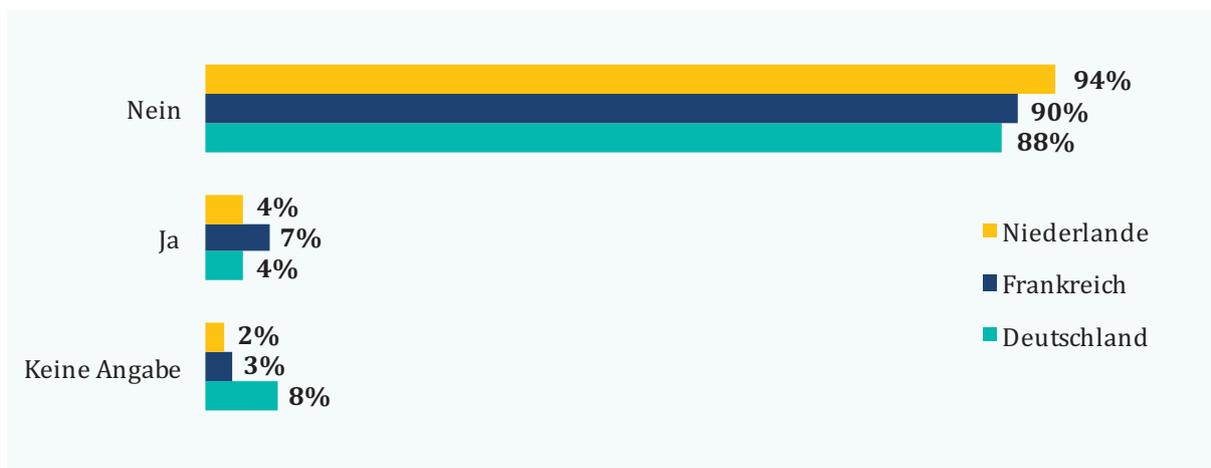


Abbildung 28: Parteimitgliedschaft.

3.6 Sprachgebrauch

Türkeistämmige wurden nach ihren sprachlichen Kompetenzen und Sprachgewohnheiten gefragt, weil Sprachkenntnisse eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in eine Gesellschaft ist. Ohne die Beherrschung der Landessprache ist Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich. In der Fachdisziplin herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Mehrsprachigkeit für Kinder vorteilhaft ist, die Lernfähigkeit und schulische Leistungen der Kinder fördert. Migranten lernen die Sprache des Einwanderungslandes schneller, wenn sie die Muttersprache beherrschen. Allerdings herrscht in Teilen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit die Annahme, dass Mehrsprachigkeit zur Unterinvesti-

tion in die Landessprache führt und somit die zukünftigen Berufsperspektiven der Einwanderer beschränkt. Insbesondere die Mehrsprachigkeit von Türkeistämmigen ist Gegenstand kontroverser Debatten.

Laut UNESCO verwenden 70% der Weltbevölkerung im Alltag mehr als eine Sprache. Zudem führt Distanz zur eigenen kulturellen und sprachlichen Wurzeln bei Kindern in späteren Jahren zu Identitätskrisen. All dies deutet auf die Bedeutung der frühzeitigen Sprachförderung.

In vielen türkeistämmigen Familien werden die Landessprache und Muttersprache zusammen



gesprochen. In Deutschland ist der Anteil mit nur Türkisch sprechenden Familien deutlich höher als in Frankreich und den Niederlanden. Das liegt zum Teil daran, dass die Fördermöglichkeiten der türkischen Sprache in der Schule und der Zivilgesellschaft in Deutschland optimaler ist als in Frankreich und Niederlanden.

Der hohe Anteil derjenigen, die beide Sprachen gleichzeitig sprechen, ist eine natürliche Konsequenz der Migrationsbiographien der dritten Generation. Oft spricht man zu Hause oder im familiären Umfeld Türkisch, im Schul- und Berufsleben Deutsch, zwischen Freunden wird zwischen beiden Sprachen gewechselt.

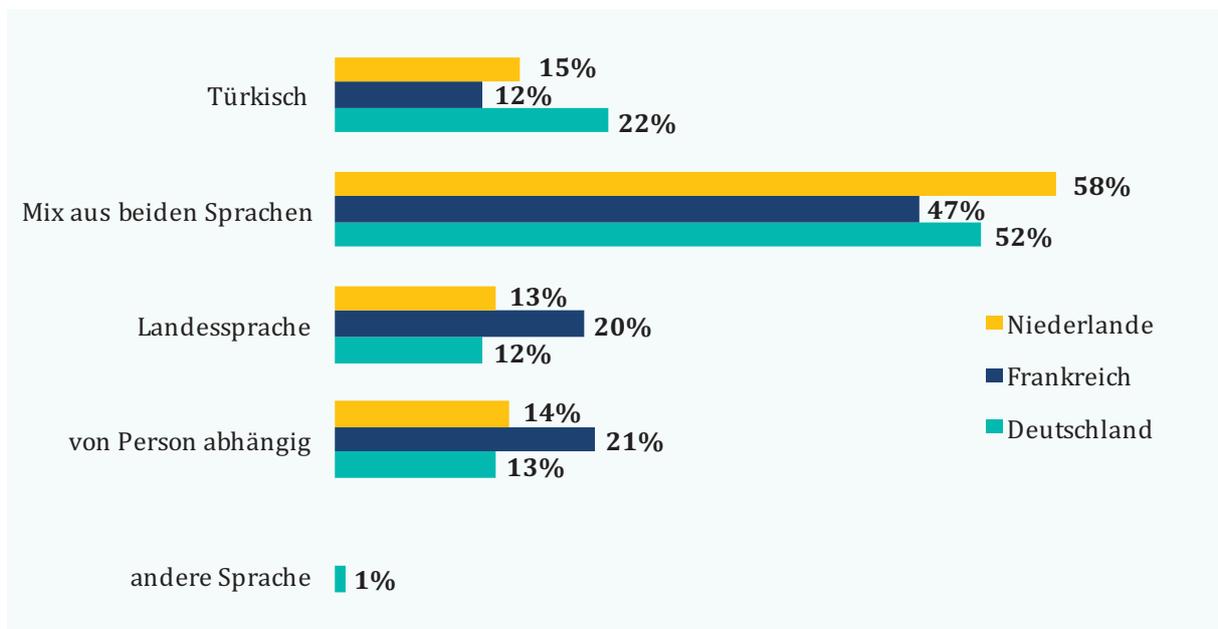


Abbildung 29: Sprachgebrauch in der Familie bzw. im familiären Umfeld.



Erhalt und Förderung sprachlicher Vielfalt in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden wäre auch im Interesse der Gesamtheit, da gut ausgebildete und mehrsprachige Türkeistäm-

mige zwischen ihren Wohnland und der Türkei eine Brückenfunktion erfüllen können. Ein Großteil der Türkeistämmigen hält die Beherrschung der türkischen Sprache für wichtig.

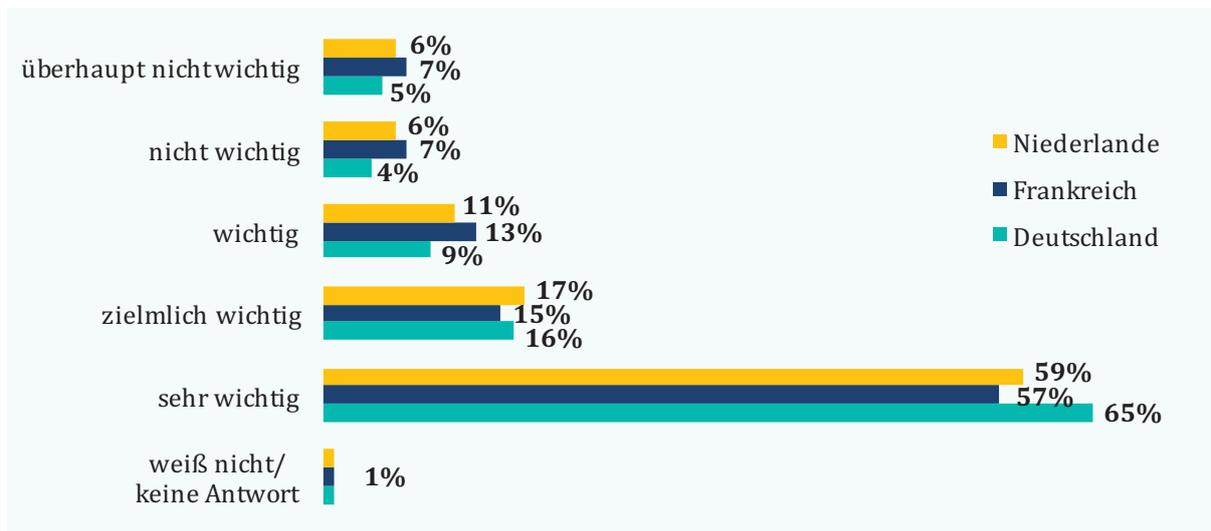


Abbildung 30: Relevanz der Beherrschung der türkischen Sprache.



3.7 Medien

Die Berichterstattung über die Türkei bzw. Türkeistämmigen wird von der Hälfte der Befragten in Deutschland und Frankreich als parteiisch/sub-

jektiv und diskriminierend/ falsch wahrgenommen. In den Niederlanden steigt die Unzufriedenheit über die Berichterstattung sogar auf 70%.

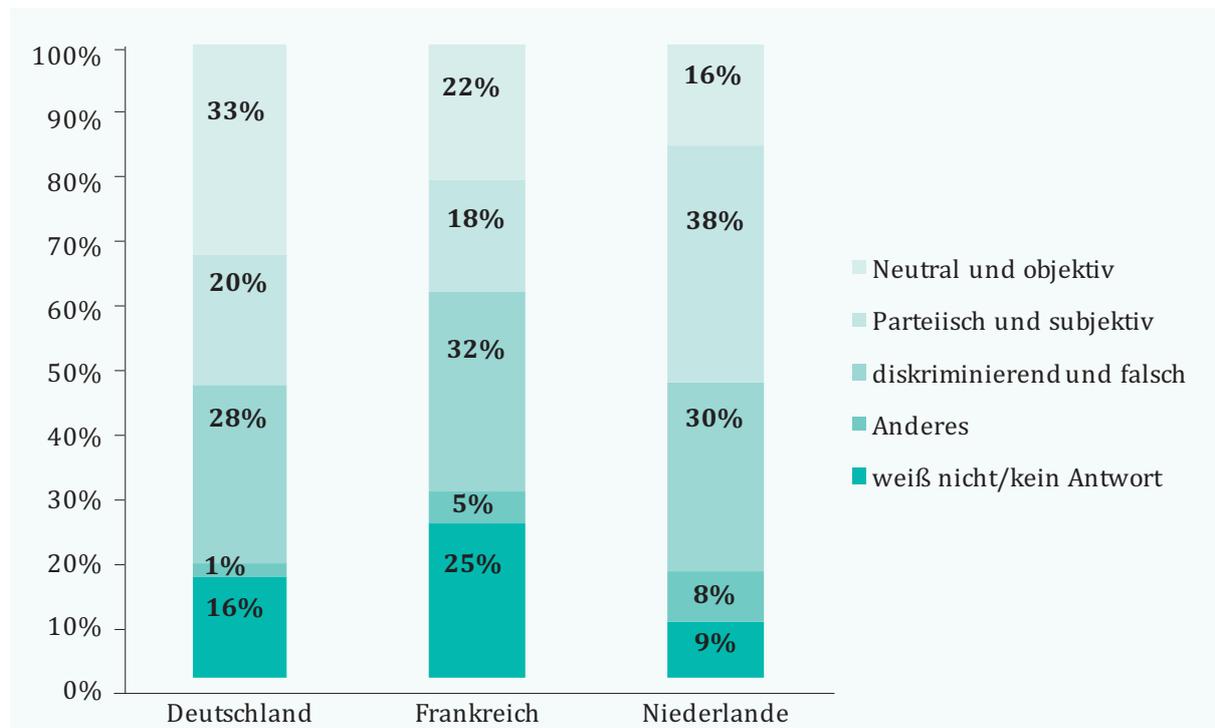


Abbildung 31: Berichterstattung.

Angriffe auf Muslime, islamische Gebetshäuser, Flüchtlingsheime und Flüchtlinge finden in den Medien, der Politik und der Öffentlichkeit nicht die erwartete Aufmerksamkeit. Angriffe auf Organisationen wie die *Union Europäisch-Türkischer Demokraten* (UETD) werden in Medien, Öffentlichkeit und Politik sogar ausgeblendet. Vom Juli

2014 bis Ende 2016 wurde auf die Hauptvertretung der UETD und den Niederlassungen 13 politisch bzw. religiös motivierte Angriffe ausgeübt, über die in den Medien kaum berichtet wurde. Rechts- bzw. linksradikale Terroraktivitäten gegenüber Türkeistämmige erzielen ebenfalls kaum Aufmerksamkeit.



3.8 Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Diskriminierung und Islamfeindlichkeit sind keine Randerscheinungen in der Gesellschaft. Es wird beobachtet, dass der Zuspruch für politische Parteien mit einer Anti-Islam-Haltung in vielen EU-Staaten kontinuierlich steigt. In Deutschland ist es die *AfD*, in Frankreich *Front National* und in den Niederlanden die *Partei für Freiheit*, die erstarben.

Antimuslimische Einstellungen werden immer mehr in der Mitte der Gesellschaft sichtbar und prägen den Alltag der Muslime. Die Umfrageergebnisse der Universität Leipzig zeigen, dass jeder zweite Befragte sich wegen Muslime „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlt. Die Ablehnung von Muslimen, Asylsuchenden und Flüchtlingen nehmen deutlich zu. Über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nimmt den Islam als eine Bedrohung wahr und ein viel höherer Anteil behauptet, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Muslimische Minderheiten sind mit einer zunehmend ablehnenden Haltung der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert.¹⁶

Die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft und die Lebensrealität der Muslime in Westeuropa weisen große Diskrepanzen auf. Der Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung¹⁷ führt vor Augen, in welchem Umfang Muslime in Deutschland mit Staat und Gesellschaft verbunden sind. 90 % der Muslime halten die Demokratie für eine gute Regierungsform, pflegen intensiven Kontakt

mit Nichtmuslimen und orientieren sich in Deutschland in ihren Einstellungen und Lebensweisen stark an den Werten der Mehrheitsgesellschaft. Für Muslime ist Europa die neue Heimat, in der sie seit Generationen leben. Trotz des immer besser gelingenden Zusammenlebens der Religionen in den verschiedenen europäischen Ländern sehen sich Muslime mit Ressentiments und einem negativen Image konfrontiert. Ein friedliches Zusammenleben und Partizipation erfordert jedoch Anerkennung und Wertschätzung der Muslime und des Islam von Seiten der Mehrheitsgesellschaft und ihren zentralen Institutionen.

Bei der Befragung ging es nicht nur um Diskriminierungserfahrungen der Türkeistämmigen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, sondern auch um eine weitere Spezifizierung dieser Diskriminierungserfahrungen. Fast ein Drittel der Befragten in Deutschland gaben an, schon einmal aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes verbal oder körperlich angegriffen worden zu sein. In den Niederlanden sind es knapp ein Viertel und in Frankreich etwas weniger. Diese Ergebnisse reflektieren die wachsende Islamfeindlichkeit und Rassismus in den untersuchten Ländern.

¹⁶ Vgl. Decker/Kiess/Brähler (2016).

¹⁷ Vgl. Hafez/Schmidt (2015).

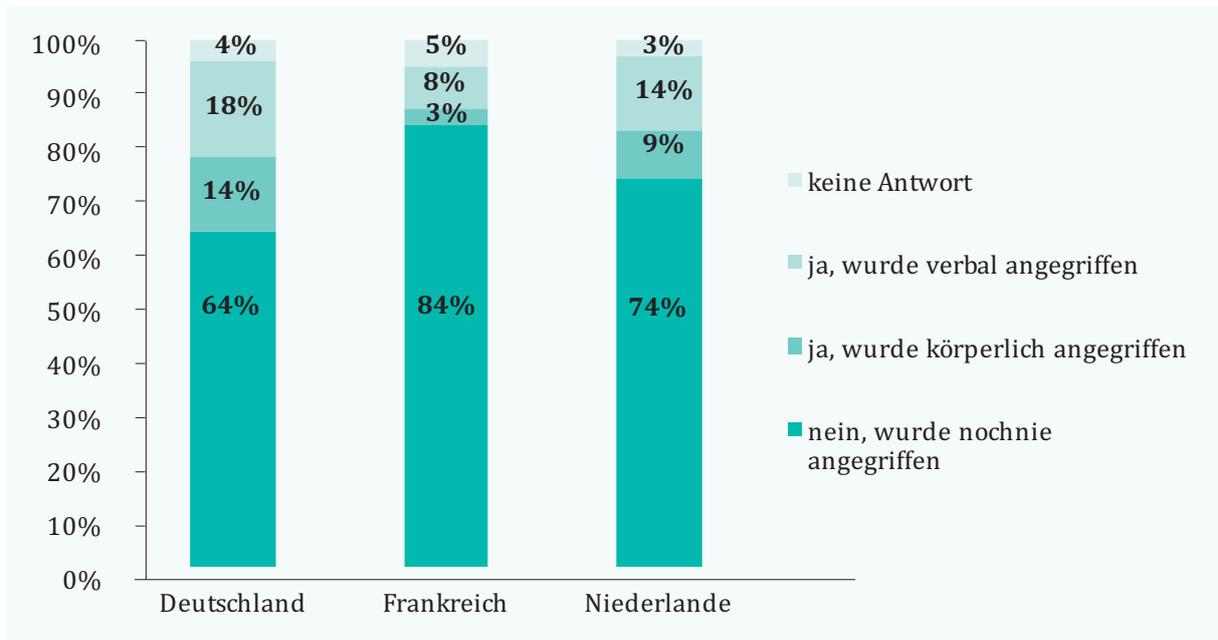


Abbildung 32: Diskriminierungserfahrung.

Am häufigsten wurden die Diskriminierungserfahrungen in der „Öffentlichkeit/Freizeit“ gemacht. An zweiter Stelle kommt in Frankreich und

Niederlanden die „Bildung“, in Deutschland jedoch erst an vierter Stelle hinter „Internet/Medien“ und „Arbeit“.

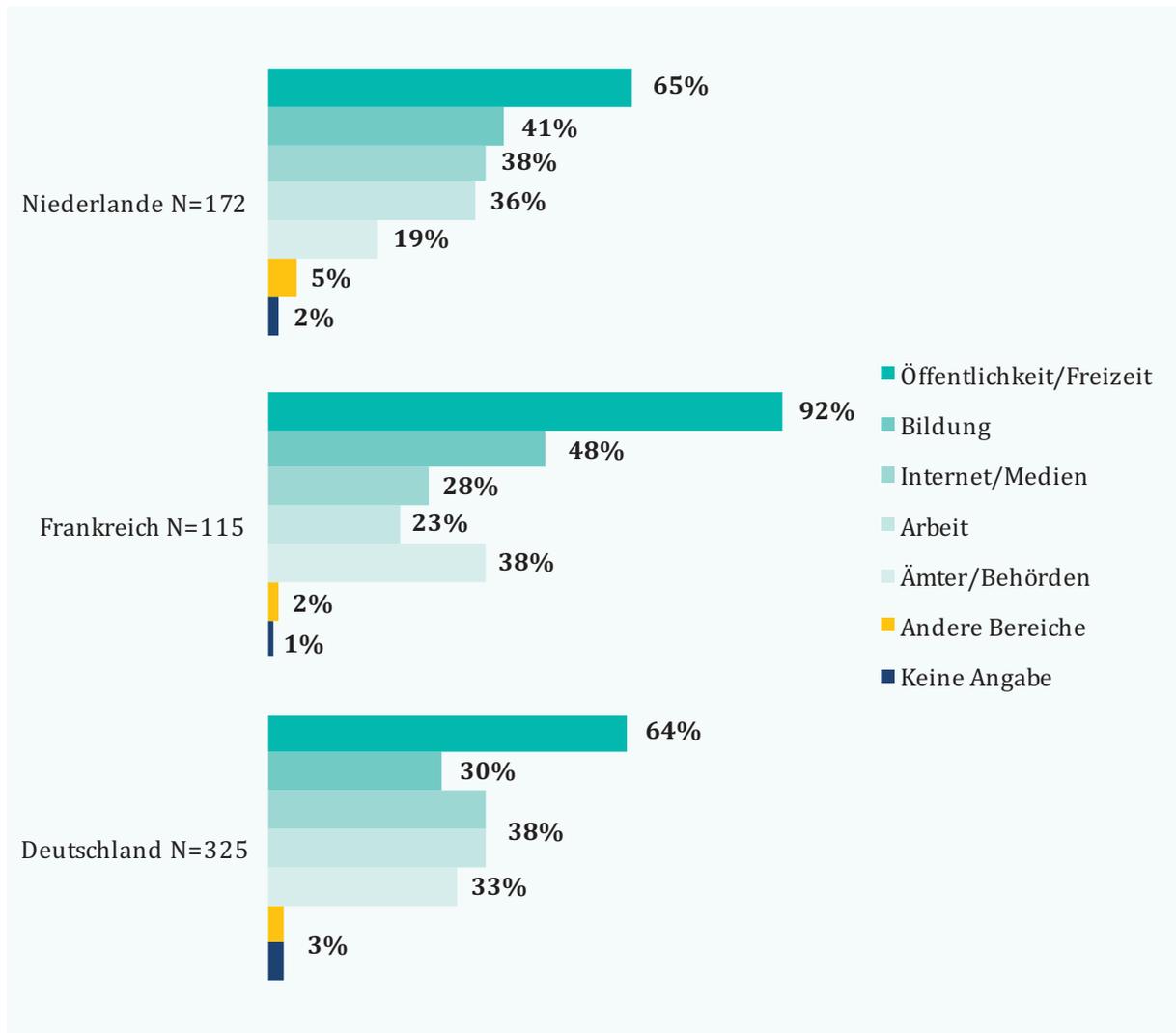


Abbildung 33: Diskriminierungserfahrung in Lebensbereichen, verbale oder körperliche Angriffe.



Auf die Frage, wie sie sich nach einer Diskriminierungserfahrung verhielten, antworteten die meisten Befragten in Frankreich und den Niederlanden, dass sie die Tat bei einer offiziellen Stelle meldeten. In Deutschland hingegen machten die Befragten auf ihre Diskriminierungserfahrung öffentlich aufmerksam. Dies deutet u.a. darauf, dass Türkeistämmige in Deutschland staatlichen Be-

hörden wenig vertrauen. Dies lässt sich wiederum auf die NSU-Morde und Fehlentwicklungen im NSU-Prozess zurückführen. Viele Türkeistämmige verfolgen den NSU-Prozess mit großer Aufmerksamkeit und gewinnen dabei den Eindruck, dass die rechtsradikale Szene mit Sicherheitsbehörden und Staat verflochten ist.

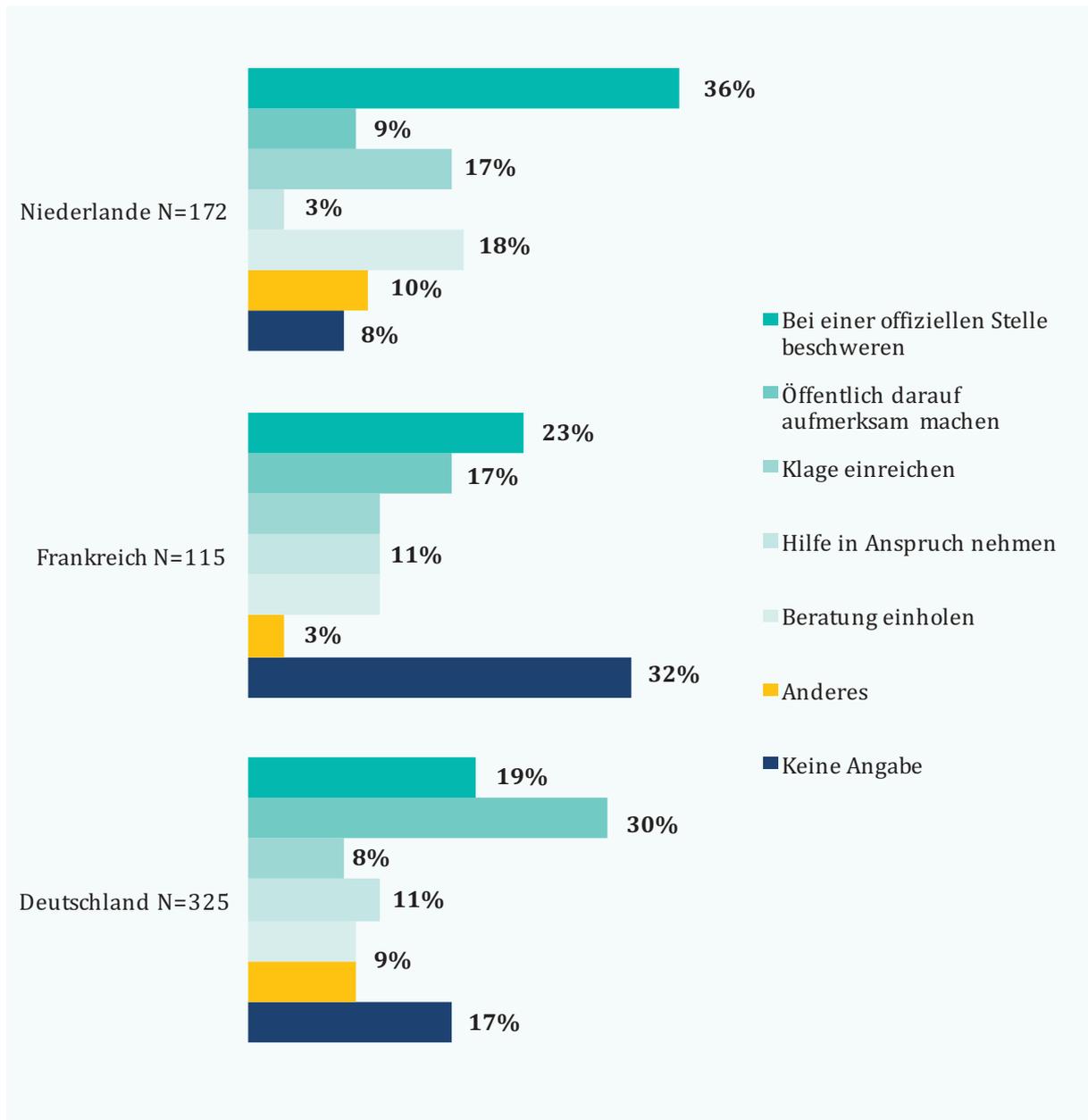


Abbildung 34: Meldung von Diskriminierungserfahrung, verbale oder körperliche Angriffe.



Großteil der Befragten machen die Gleichstellung von Islam und Terrorismus dafür verantwortlich, dass sie Diskriminierungserfahrungen machen müssen. In den Niederlanden ist es pri-

mär die aggressive Sprache der Politiker, die Vorurteile gegenüber Muslime schürt. Insgesamt werden ein Bündel von Faktoren und Ursachen für die Diskriminierung verantwortlich erklärt.

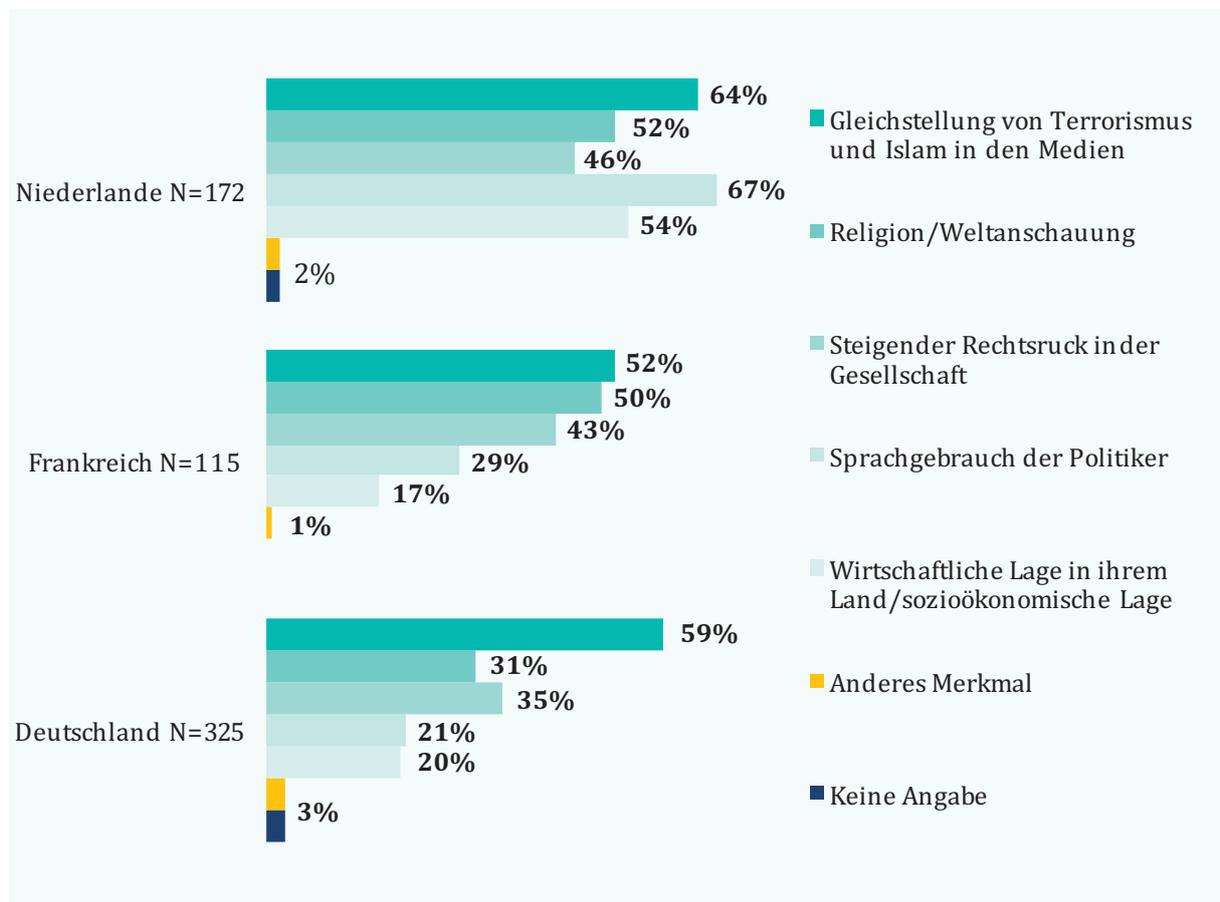


Abbildung 35: Gründe der Diskriminierung, verbale oder körperliche Angriffe.



4. VERHÄLTNIS ZUR HERKUNFTSKULTUR

4.1 Religion und Religiosität

Die Religion ist ein wichtiger Bestandteil der Identität der Türkeistämmigen in Europa. Sie wachsen in säkularen, jedoch christlich geprägten Gesellschaften auf. Die Dominanz der Werte der Mehrheitsgesellschaft prägt ihre Identität und bestätigt zugleich die Vereinbarkeit ihrer Religion mit der säkularen Wertegemeinschaft. Familien, die unterschiedlich religiös geprägt sind, werden mit Fragen nach ihrer Religion konfrontiert. Sie entwickeln eine Beziehung zu den „anderen“ Religionen wie auch zu ihrer eigenen Religion. Unabhängig von der Intensität der Religiosität sind Muslime in Europa mit Staat und Gesellschaft eng verbunden.

Auf die Frage für wie religiös sie sich selbst einschätzen, haben die Türkeistämmigen in Deutschland zu 45% mit „ziemlich religiös“ bis „sehr religiös“ geantwortet. In Frankreich ist diese Angabe mit 62% und in den Niederlanden mit 59% wesentlich höher. Auf die Frage, was unter Religiosität verstanden wird und welche religiösen Rituale praktiziert werden, wurde in der Studie bewusst nicht eingegangen, um Befragte nicht zu irritieren, was zum Abbruch der Befragung führen könnte.

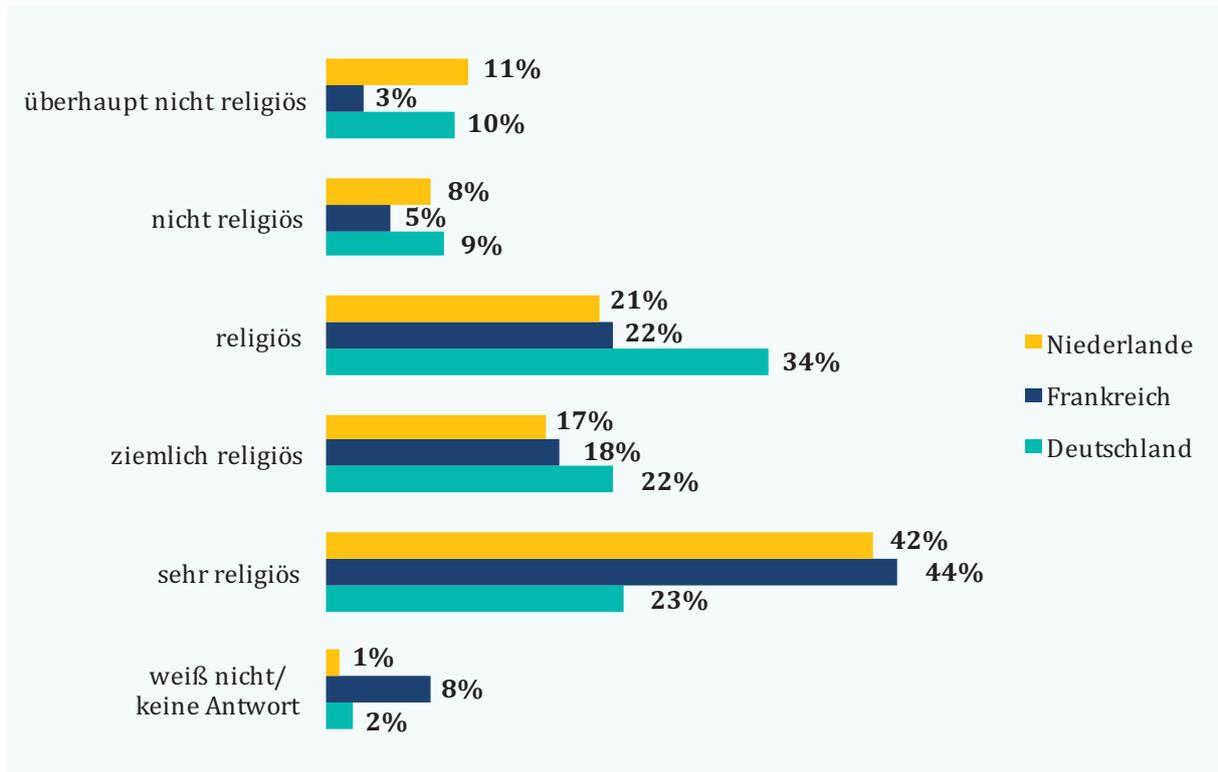


Abbildung 36: Religiosität.

Kultur und Religion werden in Integrationsdebatten öfters als Synonyme verwendet, wobei es eine ziemlich heterogene Auffassung von der is-

lamischen Religionsausübung und der kulturellen Unterschiede in der islamischen Welt existiert.



4.2 Überlieferung der türkischen Kultur

In der Studie wurde den Befragten die Frage gestellt, inwieweit sie der Aussage zustimmen würden, dass die türkische Kultur an nachfolgende Generationen überliefert werden sollte. Die Antworten haben ergeben, dass Türkeistämmige der Überlieferung der türkischen Kultur einen enormen Wert beimessen. Das Festhalten an der türkischen Kultur und der toleranten Religionsauffassung ist auch im Sinne der sicherheitspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung, den

Einfluss radikalislamischer Bewegungen einzudämmen. Denn der „anatolische Islam“ steht radikalen Lesarten des Salafismus und Wahhabismus diametral entgegen. Dass türkische Religionsgemeinschaften in Deutschland, Frankreich und der Niederlande junge Menschen vor radikalen und marginalen religiösen Gruppierungen schützen, verdient Anerkennung durch die staatlichen Behörden.

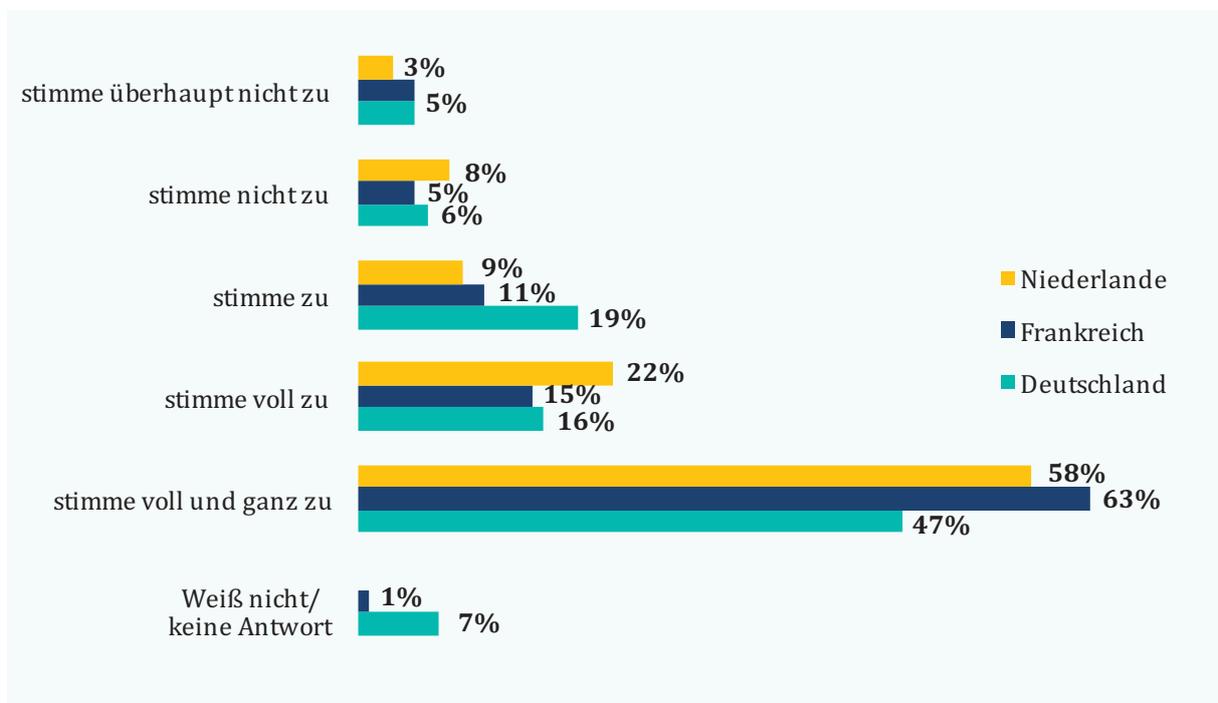


Abbildung 37: Überlieferung der türkischen Kultur.



4.3 Identität

Kommunikation jenseits der Landesgrenzen durch die neuesten Kommunikationsmittel gehört zum Alltag auch von Türkeistämmigen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Sie unterhalten dauerhafte, relativ dichte Beziehungen zu ihrem Herkunftsland, ihr sozialer Raum spannt sich zwischen Deutschland, Frankreich bzw. Niederlanden und der Türkei. Vor diesem Hintergrund bedeutet für sie die Nichtgewährung der doppelten Staatsbürgerschaft Nichtanerkennung ihrer transnationalen Bindungen und hybriden Identität.¹⁸

Die meisten Befragten sehen ihre Identität zu einer Hälfte als Türkisch, zur anderen Hälfte als Deutsch, Französisch bzw. Niederländisch. Im Hinblick auf die jüngsten Diskussionen über die Integration und doppelte Staatsbürgerschaft bekräftigt diese Studie, dass die Entscheidung zu nur einer Identität, einer Staatsbürgerschaft oder einem Land der Lebensrealität der Türkeistämmigen nicht entspricht. In einer Zeit gesamtgesellschaftlicher Transnationalisierung¹⁹ sind hybride Identitäten zur Regel geworden. Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich zwei oder mehreren Kulturen gleichermaßen zugehörig.

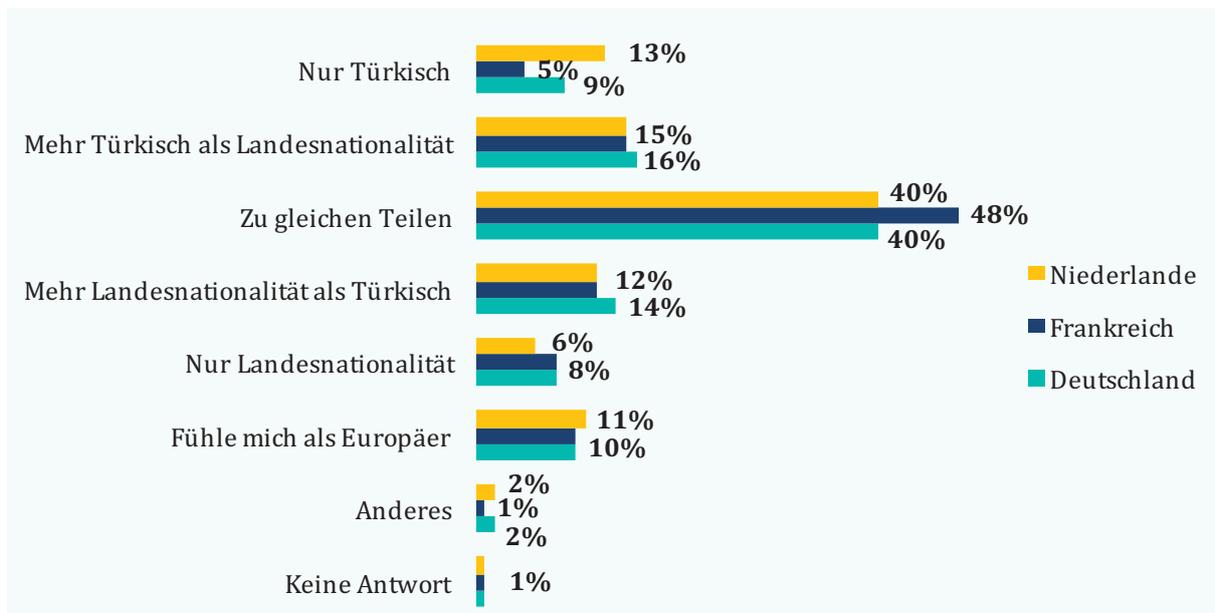


Abbildung 38: Identität.

¹⁸ Vgl. Kien (2005).

¹⁹ Vgl. Pries (2010: 148, 162).



4.4 Lebensmittelpunkt

Die Mehrheit der Befragten sieht ihren Lebensmittelpunkt in ihrem jeweiligen Wohnland.

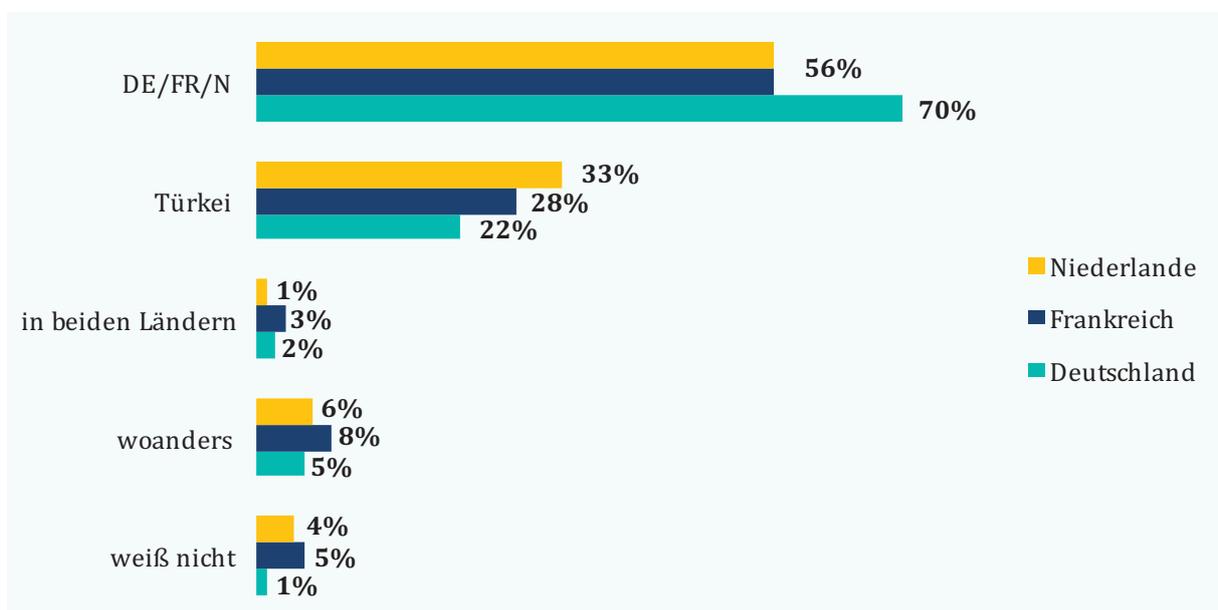


Abbildung 39: Bevorzugtes Land zum Leben.

In Frankreich und den Niederlanden ist der Anteil der Personen, die in diesen Ländern langfristig leben wollen deutlich niedriger als in Deutschland. Zwei Drittel der Türkischstämmigen in Deutschland möchte langfristig in Deutschland

leben. Daraus ergeben sich für die Politik und die Zivilgesellschaft jeweiliger Länder die Aufgabe, Türkischstämmige in das politische System stärker anzubinden und ihnen den Weg zu einer vollständigen politischen Partizipation zu ebnet.



5. FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Deutschland ist ein Einwanderungsland mit über drei Millionen Türkeistämmigen und mit hohem Nettozug, womit auch tendenziell die Wählerschaft mit Migrationshintergrund wächst. Gleichwohl gibt es in der Parteien- und Wahlforschung nach wie vor kaum Untersuchungen zur politischen Partizipation von Zuwanderern. Und noch seltener werden dabei die Gruppe der Türkeistämmigen ins Zentrum gestellt, die besonders Diskriminierung erfährt, mit Islamfeindlichkeit und vielen Hürden konfrontiert ist, die ihre gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation massiv einschränken.

Die Befragungen dieser Studie zeigen dagegen, dass Türkeistämmige an der Politik des Wohnlandes stark interessiert sind und sich mehr politische Partizipation wünschen. Allerdings hegen sie auch starke Skepsis an den etablierten politischen Parteien. Dass sie in ihrem Wohnland überwiegend die Mitte-Links-Parteien bevorzugen, während sie im türkischen Kontext konservativ bzw. rechts wählen, hat in erster Linie damit zu tun, dass konservative Parteien in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden den Belangen der Türkeistämmigen gegenüber nicht offen sind. Eine zentrale Erkenntnis dieser Studie lautet, dass das Interesse an der Politik des Herkunftslandes

und des Wohnlandes sich nicht gegenseitig ausschließen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis bezieht sich auf die transnationalen Bezügen der Türkeistämmigen und ihr positiver Bezug zur türkischen Kultur und zum Islam. Entgegen einer in den Integrationsdebatten weit verbreiteten Auffassung, bedeutet dies nicht, dass sie sich mit dem Wohnland nicht identifizieren. Auch wenn Großteil der Türkeistämmigen sich für eine Pflege der „türkischen Tradition“, Sprache und „Religiosität“ aussprechen, sehen sie ihr Wohnland eindeutig als ihren aktuellen und zukünftigen Lebensmittelpunkt.

Obwohl diese Studie einen wesentlichen Beitrag zur Schließung einer Wissenslücke beiträgt, müssen weitere Studien beobachtet werden, ob sich die Gruppe der Türkeistämmigen ihre Parteieinigungen aufrechterhalten bzw. sich neu orientieren, sofern sich in der Politik und den Medien andere Themen dominieren als solche, die sich auf die Türkei (Außenpolitik, EU-Beitritt, diplomatische Spannungen, Wahlkampagnen etc.) und den Islam betreffen. Daher wird diese Studie – der Partizipationsbericht – alle zwei Jahre wiederholt.



Welche Schlussfolgerungen können aus den vorliegenden Analysen gezogen werden?

Aus den bisherigen Analysen ergibt sich für die Politik die Herausforderung, sich der Beseitigung von gesamtgesellschaftlichen Hürden zu widmen, die die politische Partizipation von Türkeistämmigen einschränken. In diesem Kontext sind Loyalitätsappelle an Türkeistämmige besonders kontraproduktiv, weil dadurch ihnen eine zweifelhafte Loyalität unterstellt wird, was sich wiederum auf ihr Selbstbild und Selbstwertgefühl negativ auswirkt. Türkeistämmige orientieren sich in ihren politischen Einstellungen und Praxis an europäische Grundwerte Demokratie und Pluralismus,

und sie zeigen eine starke Verbundenheit mit Staat und Gesellschaft ihrer Wohnländer auf.

Das fehlende Interesse an der Europapolitik stellt die Politik vor die Aufgabe, Türkeistämmige über Politik und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union zu informieren und sie dafür zu interessieren.

Auch etablierte politische Parteien stehen in der Pflicht, stärker auf die Türkeistämmigen zuzugehen, ihre Belange zu berücksichtigen und Hürden, die den innerparteilichen Aufstieg von Türkeistämmigen beschränken, abzubauen.



LITERATUR

- Auermüller, Jutta (2009): *Assimilation: Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept*, Bielefeld.
- BpB (2013): „Wahlbeteiligung nach Altersgruppen“, *Bundesz. f. politische Bildung*, Bonn:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/205686/wahlbeteiligung-nach-altersgruppen>, letzter Abruf: 08.05.2017.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland – Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016*, Gießen: Psychosozial-Verlag, https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Buch_Mitte_Studie_Uni_Leipzig_2016_OBS.pdf, letzter Abruf: 09.05.2017.
- Europäisches Parlament (2014): „Ergebnisse der Europawahl 2014“, <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>, letzter Abruf: 10.05.2017.
- Fuchs, Dieter (1995): „Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Erbring, Lutz/Diederich, Nils (Hg.): *Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ostberlin 1990*, Opladen: 135-163.
- Hafez, Kai/Schmidt, Sabrina (2015): *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland*, Studie der Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/religionsmonitor/>, letzter Abruf: 27.05.2017.
- Holtmann, Everhard (2000): *Politik-Lexikon*, 3.Auflage, München und Wien.
- Klein, Markus /Spier, Tim (2011): „Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel“ Bundeszentrale für politischen Bildung, 26.10.2011, <http://www.bpb.de/apuz/59716/parteibeitritt-und-partieimitgliedschaft-im-wandel?p=all>, letzter Abruf: 09.05.2017.
- Kien, Nghi Ha (2005): *Hype um Hybridität : kultureller Differenzkonsum und postmoderne Verwertungstechniken im Spätkapitalismus*, Bielefeld.
- Klein, M./Spier, T. (2013): „Die Deutsche Parteimitgliederstudie“, in: U. von Alemann/M. Morlok/Stefen Schmidt (Hg.), *Politisches Interesse*, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Koser, Khalid (2007): *Internationale Migration*, Stuttgart.
- Pries, Ludger (2010): *Transnationalisierung: Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*, Wiesbaden.



- Seçim Haberler (2017): „Yurtdışı Genel Referandum Sonuçları“, in:
<http://secim.haberler.com/2017/referandum-yurtdisi-sonuclari/>, letzter Abruf: 08.05.2017.
- Spier, T. (2013) (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden.
- Statista (2017): „Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2015“, *Das Statistik Portal*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1339/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-deutschlands/>, Abruf: 09.05.2017.
- Statistischer Ämter (2011): „Ergebnisse der Zensus 2011“, *Statistische Ämter des Bundes und der Länder*, online: https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Ergebnisse/DemografischeGrunddaten.html;jsessionid=EC0D328F5F3307CC2F8842473E33A79D.2_cid389?nn=3065474, letzter Abruf: 08.05.2017.
- YSK (2014): „Onikinci Cumhurbaşkanı Seçimi Yurt Dışı ve Gümrük Kapılarında Kullanılan Geçerli Oy-ların Adaylara Dağılımı“, *Yüksek Seçim Kurulu*, <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YS-KUCM/path/Contribution%20Folders/HaberDosya/2014CB-Kesin-GumrukYurdisi.pdf>, Abruf: 13.05.2017.
- YSK (2017): „Anayasa Değişikliğinin Halkoyuna Sunulması“, in: *T.C. Yüksek Seçim Kurulu*, online:
http://www.ysk.gov.tr/ysk/faces/HaberDetay;MyJSessionID=nJn2Z5gJvKMhVplmTsbPpwwn9GC8hfK2dgNV1z2V66yghSdw6fP4!457713770?training_id=YSKPWCN1_4444022475&_adf.ctrl-state=1r737d6dn_102&_afLoop=510181996429739&_afWindowMode=0&_afWindowId=null#%40%3F_afWindowId%3Dnull%26_afLoop%3D510181996429739%26training_id%3DYSKPWCN1_4444022475%26_afWindowMode%3D0%26_adf.ctrl-state%3Dirj07rlbc_4, letzter Abruf: 8.6.2017.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Union Europäisch Türkischer Demokraten - UETD
Concordiaplatz 1, 51143 Köln
uetd@uetd.org
www.uetd.org
Tel: +49 2203 / 101 98 - 0
Fax: +49 2203 / 101 98 - 99

Marktforschungsagentur:

IFF International - Institute for Field Research GmbH
Frauenstrasse 65
89073 Ulm/Donau
+49 (0) 731850796 0

Autorinnen und Autoren:

Zafer Sirakaya (Voritzender)
Asiye Bilgin (stellv. Vorsitzende)
Enes Seydanlioglu (Vorstandsmitglied)
Bülent Bilgi (Generalsekretär)
Bülent Güven (Vorstandsmitglied)
Filiz Isler (Schatzmeisterin)
Bülent Aydın (stellv. Vorsitzender)

Stand: Juni 2017



**Union Europäisch
Türkischer Demokraten
UETD**

T +49 2203 10198-0
F +49 2203 10198-99
Concordiaplatz 1 | 51143 Köln
www.uetd.org | uetd@uetd.org
f  uetd